



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch
Mai

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 152 Mai/1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

13.04.2025

**Agrar-Industrie will Gewässer stärker vergiften dürfen
Auf Druck von Lobbyisten im Parlament drückt der Bundesrat bei Giftmitteln beide
Augen zu – entgegen eigener Ziele.**

Pascal Sigg

Die Schweiz vergiftet ihre Gewässer stärker als sie sich erlaubt. Dies zeigt ein letztes Jahr publizierter Bericht im Auftrag des Bundesamts für Umwelt (Bafu). Damit liess der Bund untersuchen, ob die Ziele des 2017 verabschiedeten Aktionsplans Pflanzenschutzmittel erreicht werden. Dieser wurde vom Bundesrat in Rahmen des Gegenvorschlags zur Trinkwasserinitiative verabschiedet, weil «die in Pflanzenschutzmitteln enthaltenen biologisch wirksamen Stoffe unerwünschte Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt ausüben können».



Pestizide landen nicht selten in Gewässern: Ein Bauer bespritzt ein Feld./ © SRF Rundschau

Doch die Fachleute zeigten: Zulässige Grenzwerte für Gifte werden an über der Hälfte der Messanlagen überschritten. Die Vorgaben werden in fast allen kleinen und mittelgrossen Fließgewässern nicht eingehalten. Die Zwischenziele, welche der Aktionsplan bis 2027 erreichen will, liegen damit in weiter Ferne. Trotzdem gehen Bundesrat und Parlament nicht härter gegen den Giftmitteleinsatz vor. Das Parlament entschied unlängst gar, dass die Schweiz die Zulassungsentscheidungen der EU für Pestizide übernehmen soll. Dies obwohl Gewässerschutzfachleute das Bestreben klar ablehnten. Verschiedene Recherchen von Schweizer Medien zeigten in letzter Zeit, wie stark die Bestrebungen sind, den Schutz vor Giftmitteleinsatz in der industriellen Landwirtschaft zu lockern.

Eine diskrete Bauerngruppe im Parlament

So berichtete die NZZ am Sonntag (NZZaS) unlängst darüber, dass der Bundesrat eine Motion des Luzerner Mitte-Nationalrats Leo Müller befürwortet. Müller fordert darin, dass die Zulassung eines Giftstoffs erst überprüft wird, wenn er an 20 Prozent der Messstellen den Grenzwert überschreitet. Derzeit erfolgt die Überprüfung, wenn dies an 10 Prozent der Messstellen der Fall ist. Müller war jahrelang im Verwaltungsrat der Fenaco. Der grösste Agrarkonzern hierzulande handelt mit Pflanzenschutzmitteln.

Müllers Nachfolgerin im Verwaltungsrat ist die Freiburger FDP-Ständerätin Johanna Gapany. Wie die NZZaS-Recherchen zeigten, bildet sie zusammen mit Müller eine diskrete Gruppe von Agrarindustrie-LobbyistInnen im Parlament. Zu ihr gehören SVP-Nationalrat Hans Jörg Rüegsegger, ehemaliger Präsident des Berner Bauernverbands, seine Zürcher Kollegen Martin Haab und Martin Hübscher, sowie die Berner SVP-Nationalrätin Katja Riem. Neben Müller haben auch Riem und Gapany unlängst Vorstösse eingereicht, um mehr Giftmittel einsetzen zu dürfen.

Im erwähnten Expertenbericht ist auch die Rede von Giftstoffen, für die noch gar kein Grenzwert besteht. Einige von ihnen überschreiten aber Richtwerte für Umweltgifte. Das giftige Insektizid Cypermethrin, das Blattläuse oder Kartoffelkäfer tötet, tat dies gar 2000-fach. Als besonders giftig gilt auch Deltamethrin, welches die Qualitätskriterien hundertfach überschritt. Beide Stoffe sind grundsätzlich zugelassen.

Ein hochgiftiger Stoff bleibt nur ohne Grenzwert zugelassen

Die Sendung «Rundschau» von SRF berichtete Anfang Februar, dass das Bafu für Deltamethrin eigentlich Grenzwerte einführen wollte. Doch weil Vertreter der Landwirtschaft dies ablehnten, sah man davon ab. Sie befürchteten, dass der Stoff in diesem Fall verboten würde. Dies zeigt ein Dokument der Ämterkonsultation zum Geschäft.

Für den auf Umweltrecht spezialisierten Anwalt Hans Murer verstösst das Vorgehen von Bundesrat Albert Röstis Departement gegen das Vernehmlassungsgesetz. Zudem ist er wie die Experten im Bafu der Ansicht, dass damit die Gewässerschutzverordnung umgangen wird. Gegenüber der Rundschau wollte der Bauernverband keine Stellung nehmen. Für Nationalrat Leo Müller ist die Lebensmittelproduktion in der Schweiz bereits sehr eingeschränkt. Sollte die Gewässerschutzverordnung entsprechend umgesetzt werden, würde dies die hiesige Nahrungsmittelversorgung gefährden.

Verbotene und risikoreiche Mittel

Neben zugelassenen Giftstoffen in zu hohen Dosen vergiften auch nicht zugelassene Stoffe die Schweizer Umwelt. Dies zeigte eine Recherche der Tamedia-Redaktion. Die Stoffe lassen sich einfach im Internet bestellen. Landwirtschaftsbetriebe erhalten zwar Direktzahlungen, wenn sie freiwillig auf gewisse Stoffe verzichten. Doch das System basierte auf Selbstdекlaration. Kontrollen auf Feldern fehlten grösstenteils. Nun zeigten Laboranalysen aus einzelnen Kantonen. Es sind Mittel im Umlauf, die hochgiftig und deshalb verboten sind.

Risiken bergen auch Mittel, die neu entwickelt wurden. Der K-Tipp wollte kürzlich vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit wissen, welche Produkte es 2024 neu zuließe. Eine Analyse der 101 Mittel förderte 21 Pestizide zutage, bei welchen gar laut Behörden «besonderes Risikopotenzial» vorhanden war. Weshalb wurden sie trotzdem zugelassen? Das Amt fand dazu, es müssten auch «die Anforderungen der Landwirtschaft berücksichtigt werden».

Kleinbauernvereinigung warnt eindringlich

Doch nicht alle Schweizer Landwirtschaftsbetriebe stützen sich bei ihrer Arbeit so stark auf Giftmittel, dass sie bereit sind, dafür der Umwelt zu schaden. Die Kleinbauernvereinigung etwa schreibt auf Infosperber-Anfrage: «Wir schliessen uns der Position von Expertinnen und Experten von Bafu, Ökotoxzentrum und kantonalen Laboratorien an. Für die vom Bundesamt für Umwelt vorgeschlagenen Stoffe müssen Grenzwerte bezüglich Gewässerschutz definiert werden.»

Zudem lehne die Kleinbauern-Vereinigung auch die von Nationalrat Leo Müller geforderte Anpassung des Gewässerschutzgesetzes – sowie die anderen Tendenzen, die darauf zielten, die Fortschritte im Schutz von Menschen, Tieren und der Umwelt vor den negativen Auswirkungen von Pestiziden aufzuweichen – «veheement» ab.

Auch die Kleinbauernvereinigung lobbyiert im Parlament. Der Berner Grünen-Nationalrat Kilian Baumann ist Präsident der Organisation. Er wollte vom Bundesrat letzten Monat wissen: «Umgeht der Bundesrat das Gewässerschutzgesetz?» Die Antwort der Regierung lautete: «Der Bundesrat hat in dieser Sache noch keinen Entscheid gefällt.»

Die Kleinbauernvereinigung warnt gegenüber Infosperber: «Mit der Umsetzung dieser Vorhaben würde die Schweizer Landwirtschaft beim Schutz von Menschen, Tieren und der Umwelt vor den negativen Auswirkungen von Pestiziden bald zum Schlusslicht in Europa.»



Manipulierte Mehrheit: Wie SRF und Tamedia die Schweiz auf NATO-Linie trimmen

uncut-news.ch, April 15, 2025

«Eine Mehrheit will mehr Geld für die Armee» – so titeln SRF und *Tages-Anzeiger* (Tamedia) zur neuesten Leewas-Umfrage. Doch ein Blick in die eigenen Zahlen entlarvt das Framing als bewusste Irreführung.

In den SRF- und Tamedia-Berichten zur sogenannten «exklusiven Umfrage» ist von einem klaren «Volkswillen» zur Aufrüstung die Rede. Die Armee solle stärker aufgerüstet werden als vom Parlament ohnehin bereits beschlossen. Doch die präsentierten Daten zeichnen ein anderes Bild: **Nur 42% der Befragten wollen «mehr als geplant», 34% halten das aktuelle Ziel für ausreichend, 18% wollen weniger – und 6% machen keine Angabe.**

Das bedeutet: Eine relative Minderheit wird zur Mehrheit erklärt. Die reale Mehrheit besteht aus jenen, die *nicht* mehr wollen – also den 34% + 18% + 6% = **58%**, die gegen weitere Erhöhungen oder unentschieden sind.

Ein Lehrstück in Meinungsmache

Barbouille @barbouillech · Folgen

Oh!... Wieder eine Manipulative Aussage der Medien, basierend auf einer manipulativen Umfrage von Leewas, der hauseigenen Agentur von @tamedia.

Gem. diesen Zahlen will die absolute Mehrheit von 52% NICHT mehr als geplant für die Armee ausgeben. Passt dem Narrativ aber nicht.

Höhere Militärausgaben geniessen grossen Support im Volk

Grund dürfte die angespannte Weltlage sein. Die Umfrage zeigt auch, dass eine Mehrheit den Kampfflug F-35 nicht will.

Heute, 09:22 Uhr
Aktualisiert um 10:02 Uhr

TEILEN

Fast die Hälfte der Schweizer Bevölkerung würde gerne mehr Geld ins Militär stecken als das Parlament. Das zeigt eine Online-Umfrage, die von Tamedia publiziert wurde.

Demnach hat sich das Sicherheitsgefühl der Schweizerinnen und Schweizer in den letzten drei Jahren fundamental verändert: Der Ukraine-Krieg und der Wegfall der US-Garantien als militärische Schutzmacht Europas haben eine Auswirkung.

Wer wir sind

Wir, das sind Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen, haben LeeWas als Spinoff unserer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Wir beschäftigen uns seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Ein wichtiger Beitrag zur Grundlagenforschung, über die von uns angewandten Methoden, wurde soeben im American Journal of Political Science publiziert.

Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit, wollten wir auch wissen, ob unsere Ansätze in der Praxis funktionieren. Was 2013 in einem kleinen Testlauf mit 20 Minuten begann, hat sich sehr bewährt und ist organisch gewachsen. Mittlerweile führen wir mit allen Zeitungen und Newsportalen von Tamedia zahlreiche Umfragen zu politischen und gesellschaftlichen Themen durch. Über die Erfahrungen in dieser Zusammenarbeit konnten wir unsere

11:38 vorm. · 13. Apr. 2025

63 Antworten Link kopier.

3 Antworten lesen

Die Screenshots der beiden Artikel (SRF und Tages-Anzeiger) zeigen dasselbe Muster:

- **SRF:** «Fast die Hälfte der Bevölkerung will mehr Geld ins Militär stecken» – aber genau diese Hälfte wird zur **breiten Unterstützung** erklärt.
- **Tamedia:** «Mehrheit will mehr Geld für die Armee» – im Artikel selbst: **42% wollen mehr** – das ist keine Mehrheit.

Diese rhetorische Täuschung ist kein Zufall. Sie folgt einem gängigen medienpolitischen Muster: **Ein gewünschtes Ergebnis wird durch suggestive Headlines und manipulative Zahleninterpretation zur gefühlten Realität gemacht.**

SRF übernimmt ungeprüft NATO-konformes Framing

SRF, als angeblich unabhängiger, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, **übernimmt das Framing von Tamedia nahezu identisch** – inklusive Formulierungen wie «grosser Support» oder «mehrheitlich bereit». Die Quelle: **eine Umfrage von Leewas**, durchgeführt im Auftrag von **Tamedia und 20 Minuten**, also innerhalb der **TX Group**, einem der grössten privaten Medienkonglomerate der Schweiz.

SRF übernimmt hier nicht nur eine Zahl – sondern die NATO-konforme Interpretation eines Verlags-hauses, das regelmässig transatlantisch auf Linie berichtet.

Was verschwiegen wird:

- Der F-35-Kauf bleibt trotz Milliardenkosten extrem umstritten – und wird in derselben Umfrage **mehrheitlich abgelehnt**. Das wird im SRF-Text in einem Nebensatz versteckt.
- Die angebliche «breite Zustimmung» zu mehr Militär ist auf Sand gebaut – **nicht einmal die Hälfte stimmt zu**.
- Die demokratisch fragwürdige Vorwegnahme der Volksabstimmung zum F-35-Kauf (Vertragsschluss vor Abstimmung) wird nicht hinterfragt, sondern legitimiert.
- Kein Wort zur Abhängigkeit von den USA durch F-35-Datenbindung und Wartungslogistik – **ein Tabu in öffentlich-rechtlichen Narrativen?**

Fazit: SRF & Tamedia liefern NATO-gerechte Meinungsmache

Diese Berichterstattung zeigt exemplarisch, wie in der Schweiz mediale Meinungsbildung funktioniert:

- **Ein Umfragewert von 42% wird zur «Mehrheit» hochgejazzt.**
- **SRF übernimmt das Framing eines privatwirtschaftlich orientierten Konzerns.**
- **Kritik wird marginalisiert, Zahlen selektiv präsentiert.**

Wer wissen will, wie «wehrhafte Demokratie» medial vorgetäuscht wird, sollte sich diesen Fall genau ansehen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/manipulierte-mehrheit-wie-srf-und-tamedia-die-schweiz-auf-nato-linie-trimmen/>



Nur noch im Perrier-Museum in Vergèze (F) zu finden?
Das Nestlé-Mineralwasser könnte bald verboten werden./ © Website Perrier

Nestlé-Mineralwasser: Die französische Regierung wusste alles Nun kommt an den Tag: Die Behörden in Frankreich wussten schon mindestens seit 2022, dass Nestlé betrügt.

Esther Diener-Morscher

Die französische Regierung wusste, dass Nestlé seit mehreren Jahren bei der Behandlung seiner Mineralwässer Perrier und Hépar betrogen hat: Das ergaben laut «Le Figaro» die Abklärungen des Untersuchungsausschusses des Senats zur Nestlé-Mineralwasser-Affäre. So war den Behörden offenbar bekannt, dass es in einigen Quellen bakteriologische und sogar virologische Verunreinigungen gab, sagte der zuständige Senator Alexandre Ouizille.

Der Untersuchungsausschuss wollte eigentlich auch den zurückgetretenen Generalsekretär des Élysées, Alexis Kohler, zur Sache anhören. Doch dieser lehnte unter Berufung auf die Gewaltenteilung zwischen

Senat und Regierung ab. Anstelle von Kohlers Anhörung präsentierte der Ausschuss 74 Seiten Dokumente, die den regen Austausch zwischen Nestlé und der Regierung belegen: Nestlé konnte im Elysée ungehindert lobbyieren. «Der Präsident der Republik (*Emmanuel Macron, die Red.*) öffnete dem Schweizer Konzern die Türen einiger Ministerien», sagte Alexandre Ouizille. Er habe gewusst, dass dies zu einer Verzerrung des Wettbewerbs mit anderen Mineralwasserherstellern führte.

Der Austausch und die Treffen zwischen Nestlé und den Behörden fanden von 2022 bis Ende 2024 statt. 2022 soll gemäss den Dokumenten, die dem Ausschuss vorliegen, ein Treffen zwischen Alexis Kohler und dem damaligen Nestlé-Chef Mark Schneider stattgefunden haben. Am 10. Oktober 2024, als der Antrag für einen Untersuchungsausschuss im Senat bereits vorlag, empfing der Generalsekretär des Élysées den neuen Generaldirektor von Nestlé, Laurent Freixe, in Begleitung von Muriel Lienau, der Präsidentin von Nestlé-Waters. Am 14. Oktober 2024 rief Nicolas Bouvier, ein Lobbyist von Nestlé-Waters, das Sekretariat von Alexis Kohler an, nachdem dieser Laurent Freixe zugesichert hatte, dass er die richtigen Kontakte in den Ministerien vermitteln würde.

Nestlé-Chef (bedauert)

Als der Nestlé-Chef Laurent Freixe vor dem Untersuchungsausschuss angehört wurde, sagte er: «Im Namen des Nestlé-Konzerns möchte ich nochmals mein tiefstes Bedauern über diese Situation in der Vergangenheit zum Ausdruck bringen, die nicht im Einklang mit den Werten unseres Konzerns stand.»

Nestlé-Waters habe alles getan, um den beanstandeten Praktiken ein Ende zu setzen.

Nestlé hat bei einem Teil seiner Mineralwässer (Perrier, Hépar, Contrex, Vittel) das Quellwasser verbotenerweise gefiltert, wenn es verunreinigt war, und es dann trotzdem als natürliches Mineralwasser verkauft. Wegen solcher Praktiken bei der Vittel-Quelle in den Vogesen schloss Nestlé-Waters im September 2024 einen Vergleich. Damit vermied das Unternehmen ein Gerichtsverfahren und zahlte zwei Millionen Euro Busse.

Ethos kündigt Widerstand an

Für die Aktionärsvereinigung Ethos ist das der Grund, dass sie an der kommenden Generalversammlung vom 16. April 2025 dem Verwaltungsrat keine Entlastung erteilen will. «Nestlé liefert seinen Aktionärinnen und Aktionären weder im Jahresbericht noch in der Jahresrechnung Informationen zu diesem Vorfall», erklärt Vincent Kaufmann, Direktor der Ethos Stiftung.

Ethos empfiehlt den Nestlé-Aktionärinnen und -Aktionären ausserdem, die für 2026 vorgesehenen 70 Millionen Franken Honorar für die Geschäftsleitung abzulehnen. Wie im Vorjahr will sie auch den Nachhaltigkeitsbericht 2024 nicht genehmigen. Der Grund: Die jüngsten Skandale um gefiltertes Wasser und Buitoni-Pizzas würden darin mit keinem Wort erwähnt.

Nestlé muss möglicherweise Perrier-Quelle schliessen

Hydrogeologen raten davon ab, dass Nestlé seine Perrier-Quellen in Vergèze im Département Gard weiter nutzt, wie «Le Figaro» gemeldet hat. Nestlé-Waters behauptet, dass das Unternehmen den Betrieb umgestalten wolle, um «die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten und gleichzeitig die Lebensmittelsicherheit ihrer Produkte zu wahren». Bis 2021 hatte Nestlé das Wasser unerlaubterweise behandelt. Die regionalen Gesundheitsbehörden müssen über den Weiterbetrieb der Anlage in Vergèze entscheiden.



depositphotos.com

Operation Libero: Wie eine NGO die Schweiz in einen Krieg führen will

uncut-news.ch, April 14, 2025

Während sich die Welt in einem fragilen geopolitischen Gleichgewicht befindet, gibt es in der Schweiz politische Kräfte, die gezielt auf Eskalation setzen – im Namen von «Freiheit» und «europäischen Werten». An vor-

derster Front: die Bewegung **Operation Libero**. Was als linksliberale NGO begann, hat sich längst zu einem geopolitischen Akteur mit gefährlichem Sendungsbewusstsein entwickelt.

Neutralität ist «Mythos» – Waffen für die Freiheit?

In ihrer aktuellen Kampagne erklärt Operation Libero die schweizerische Neutralität kurzerhand für erledigt: *«Neutralität ist ein Mythos. Unsere Freiheit wird in der Ukraine mit Waffen verteidigt.»*

Die Aussage ist ebenso pauschal wie brisant. Sie unterstellt, dass **militärisches Eingreifen in einem Drittstaat zur Wahrung der Schweizer Freiheit notwendig** sei – ein dramatischer Bruch mit der historischen Selbstverpflichtung der Schweiz, **militärisch neutral und souverän** zu bleiben.

Was hier rhetorisch inszeniert wird, ist die **moralische Delegitimierung der Neutralität** – zugunsten eines aktivistischen Internationalismus, der den Einsatz von Gewalt nicht nur rechtfertigt, sondern als moralisch geboten darstellt.

Bewerbung bei Macron und Starmer: Der Schritt zur internationalen Parteinahme



Noch schärfer wird es in einem öffentlich geteilten Schreiben auf LinkedIn:

*«Im Namen von willigen Schweizerinnen haben wir ein Bewerbungsschreiben an Präsident Macron und Premierminister Starmer geschickt – die Schweiz soll Teil der Koalition der Willigen werden.»**

Man muss sich die Tragweite dieser Aussage vor Augen führen: Eine Schweizer NGO bewirbt sich im Namen der Bevölkerung **bei fremden Staatschefs für die Teilnahme an einem informellen Kriegsbündnis**. Die «Koalition der Willigen» ist kein Begriff aus der Friedenspolitik – sie wurde 2003 durch den Irakkrieg berüchtigt. Dass sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung aktiv um Aufnahme in ein solches Format bemüht, wirft ernste Fragen auf:

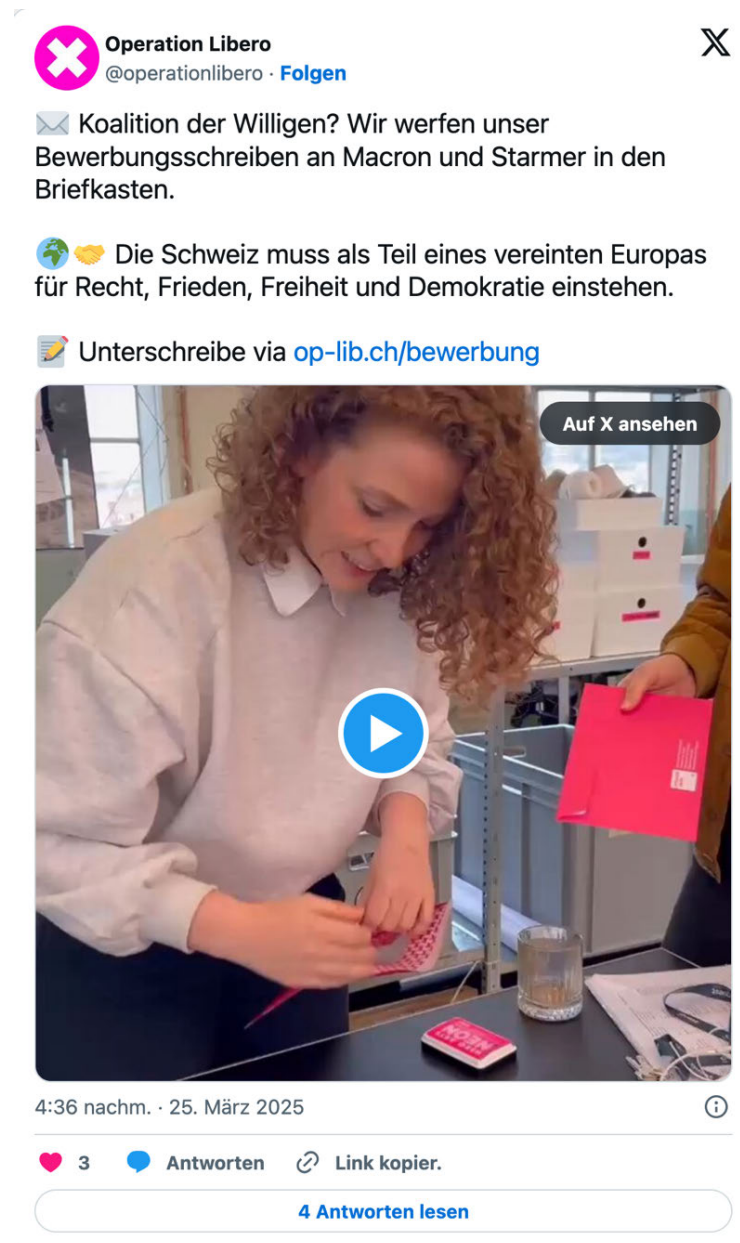
Juristische Grauzone – oder Straftat?

Einige Beobachter weisen darauf hin, dass die Initiative von Operation Libero **unter Umständen gegen Artikel 94 des Schweizer Strafgesetzbuches** verstossen könnte. Dieser lautet:

Art. 94 StGB – Verbotene Handlungen gegen die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft:

«Wer in der Absicht, die Eidgenossenschaft in ein fremdes Militärbündnis zu bringen, Handlungen vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bestraft.»

Zwar handelt es sich bislang um eine zivilgesellschaftliche Initiative – doch das öffentliche Werben für den Beitritt zu einer militärisch orientierten Allianz könnte zumindest **den Anfangsverdacht einer solchen Handlung begründen**. Eine rechtliche Prüfung wäre angesichts der Schwere des Vorstosses durchaus geboten.



Video verschwunden? Hier gesichert.

Moralisierung statt Souveränität

Statt nüchterner sicherheitspolitischer Debatte betreibt Operation Libero eine **emotionalisierte Rhetorik**, die Kritik an der geopolitischen Lagerbindung moralisch abwertet. Wer für Neutralität ist, gilt als «blind», «naiv» oder «rückständig». Wer sich nicht mit Waffen in einem fremden Land verteidigen lassen will, stellt sich angeblich gegen Demokratie und Menschenrechte.

Diese Rhetorik ist nicht nur gefährlich, sondern **spaltet die Gesellschaft**. Sie degradiert die friedensstiftende Neutralität zu einem Feindbild und bereitet den Boden für eine gefährliche Verschiebung der schweizerischen Aussenpolitik.

Fazit: Demokratische Selbstaufgabe unter dem Deckmantel moralischer Überlegenheit

Operation Libero überschreitet mit ihrer jüngsten Kampagne eine rote Linie. Was als Engagement für Europa und Menschenrechte inszeniert wird, ist in Wahrheit ein **Angriff auf die schweizerische Souveränität**, die demokratische Mitbestimmung und das Völkerrecht.

Die Schweiz steht nicht nur vor der Frage, **ob sie neutral bleibt**, sondern auch, ob sie **ihr aussenpolitisches Selbstbestimmungsrecht verteidigt** – oder es kampfflos an Aktivisten übergibt, die sich in Paris und London um militärische Aufnahme bewerben.

Quelle: <https://uncutnews.ch/operation-libero-wie-eine-ngo-die-schweiz-in-einen-krieg-fuehren-will/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

14.4.2025



PFAS-Belastungen beschäftigen die Feuerwehren besonders:
Petra Prévôt, Generalsekretärin der Feuerwehr Koordination Schweiz auf der Fachtagung Altlasten Intensiv am 25. März 2025.

© Pier Semadeni für ZHAW

PFAS-Altlasten: Verursacher kommen fast ungeschoren davon **Die Rechtslage in Sachen PFAS bereitet einigen Branchen Kopfzerbrechen. Das wird auf einer Fachtagung zu Altlasten klar.**

Daniela Gschwend

PFAS sind ein Problem, das vielen auf den Nägeln brennt. Über die ewigen Chemikalien herrscht ein grosser Informationsbedarf. Ämter, Immobilienverwaltungen, Bauwirtschaft, Feuerwehren, Landwirt:innen und Pensionskassen versuchen, sich in der derzeitige Rechtslage zurechtzufinden. Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) lud am 25. März zu einer rasch ausgebuchten «Fachtagung Altlasten Intensiv» ein. Dort zeigte sich: Es gibt kaum einen Bereich, der nicht betroffen ist.

Bauen mit PFAS-Risiko

Vor allem, wer bauen will, steht vor Unsicherheiten. Eine PFAS-Sanierung sei zeitaufwendig und teuer, die Rechtslage schwierig, erklärten Isabel Baur (Jäckli Geologie AG) und Julia Hunziker (Ecosens AG) an zwei Beispielen. In einem Fall wurden PFAS entdeckt, nachdem die erste Schadstoffbewertung schon abgeschlossen war – eine böse Überraschung für den Bauherren.

Betroffene müssen sich mit zahlreichen Gesetzen auseinandersetzen – zum Beispiel mit der Altlastenverordnung, der Bauprodukteverordnung, der Trinkwasserverordnung oder dem Gewässerschutzgesetz. Die Entdeckung kann Genehmigungen verzögern und Projektpläne umwerfen. Schliesslich könne sie den Wert einer Immobilie mindern, legte Julia Selberherr (Wüest Partner) in einem Crashkurs Immobilienbewertung dar. Sobald die Sanierungskosten bekannt seien, führe das zur Abwertung der Immobilie.

Keine Haftung der Hersteller und Vertreiber PFAS-haltiger Produkte

Manchmal gelinge es, PFAS-haltigen Aushub auf der Baustelle so unterzubringen, dass er keine PFAS mehr abgebe. Ihn zu deponieren, sei schwierig und teuer, berichteten die Tagungsteilnehmer aus der Praxis. Er rate Deponien wegen der unsicheren Rechtslage eher dazu, derzeit keine PFAS-haltigen Materialien anzunehmen, sagte Marc Peyer, Vertreter der Kanzlei Bürgi-Nägeli.

Und war damit beim wichtigsten Punkt: Wer bezahlt am Ende? Verursacher und verantwortlich sei in erster Linie, wer PFAS in die Umwelt gebracht habe – in der juristischen Sprache der «Verhaltensstörer». Also zum Beispiel eine Feuerwehr, die PFAS-haltigen Löschschaum verwendet habe, erklärten die Juristen Peyer und Colette Schefer-Peisker (Ecosens AG).

Erst danach hafte der «Zustandsstörer». Gemeint ist, wer rechtlich zuständig ist, wie der Eigentümer eines Grundstücks. Praktisch seien meist alle Beteiligten gefordert. Produzenten oder Behörden hingegen haften in der Schweiz nicht. An den Kosten bisheriger Sanierungsfälle beteiligte sich oft der Bund.

Anders in den USA. Dort gelten häufig weniger strenge Vorschriften, dafür aber eine umfangreiche Herstellerhaftung. Konzerne wie 3M zahlten wegen PFAS bereits Milliarden Dollar (Infosperber berichtete). Zahlreiche Verfahren sind noch hängig.

Aufwendige Sanierung wegen zehn, zwanzig Gramm Chemie

Nach PFAS gesucht werde bisher nur, wenn bereits ein Verdacht bestünde, erklärten mehrere Fachleute. Beispielsweise auf ehemaligen Fabrikgeländen oder an Stellen, an denen Feuerwehrrübungen stattgefunden haben. Es gibt jedoch zahlreiche andere PFAS-Quellen wie Industriebetriebe, Skiwachs, Klärschlamm oder Abwässer.

Für Boden und Aushub gibt es in der Schweiz derzeit keine einheitlichen Grenzwerte. Die meisten Verschmutzungen werden im Einzelfall beurteilt. Kaum jemand weiss das so gut wie die SBB, die ihre Infrastruktur bereits regelmässig auf PFAS untersuche, berichtete Matthias Damo (SBB-Infrastruktur). PFAS können in fast allem stecken, auch in Farbe, Putz und sogar in Beton.

Das hätten die SBB beim Ceneri Basistunnel erfahren müssen. Der beim Tunnelbau verwendete Spritzbeton verschmutzte das Wasser mehrerer Gemeinden. Inzwischen bestünden die SBB darauf, dass Bauunternehmen möglichst nur PFAS-freie Materialien verwenden, wie es der Bund auch von anderen Bauherrschaften verlangt.

Ein PFAS-Kataster sei «unrealistisch»

Tatsächlich gibt es in der Schweiz so gut wie kein Wasser und keinen Boden ohne PFAS, das haben Untersuchungen gezeigt. Allen Beteiligten helfen könnte ein Schweizer PFAS-Schadstoff-Kataster. Die ganze Schweiz flächendeckend zu untersuchen, sei aber momentan nicht realistisch, meinten mehrere Vortragende übereinstimmend.

Die Suche hat gerade erst begonnen. Um belastete Standorte zu finden, müsse man beispielsweise wissen, wo es einmal brannte und womit der Brand gelöscht wurde. Oder einen Zeugen finden, der noch genau weiss, wo eine Übung stattgefunden habe. Oder mit welchen Chemikalien genau ein Unternehmen hantierte.

Oft geht es um sehr kleine Mengen. Wegen weniger Gramm PFAS muss ein Gelände womöglich aufwendig saniert werden. Einer der angeführten Gründe: PFAS sind mobil und haben ein grosses Verschmutzungspotenzial. Ein sogenannter Hotspot kann klein sein, aber viel Wasser oder eine grosse Fläche verschmutzen.

«Messen, Messen, Messen!»

Also «Messen, Messen, Messen!». Überall, wo es möglich sei. Das sagte Nadine Schneider vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) des Kantons Zürich. Schneider hat dabei vor allem Wasser und Abwasser im Blick. In Kläranlagen werden PFAS-Ewigkeitschemikalien bisher nicht abgesondert. Möglich wäre das eventuell mit Aktivkohlefiltern, «Wir wissen derzeit noch nicht, wie wir das handhaben, und ob der Aufwand angemessen ist», sagte die Geologin.

Auch das Sickerwasser der Deponien im Kanton Zürich wird auf PFAS geprüft. Ob stillgelegte Deponien nach 50 Jahren aus der Nachsorge entlassen werden können wie bisher, ist vor dem Hintergrund der langandauernden PFAS-Verschmutzung unklar. Im Grundwasser werden die Schweizer Trinkwassergrenzwerte nach einer Untersuchung von 2021 bisher nicht überschritten. Diese gelten für drei von hundert PFAS.

Was am meisten fehlt, ist Planungssicherheit

Seine Kundinnen und Kunden bräuchten dringend Rechtssicherheit in Form von Gesetzen und Grenzwerten, sagt der Jurist Peyer. Andererseits wolle aber auch niemand einen Grenzwert, der sich womöglich in wenigen Jahren wieder ändere.

Es gibt laufend neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu PFAS und auch die politische Entwicklung steht nicht still. Das macht Prognosen schwierig. PFAS-Grenzwerte hätten sich jedenfalls sowohl in den USA wie auch in Europa in den vergangenen Jahren stetig nach unten bewegt, erläuterte Michael Evangelou (ehemals ETHZ Bodenschadstoffe, heute Eberhard Recycling). Sie hingen nicht nur von der Gefährdung, sondern auch von den Testmöglichkeiten ab und nicht zuletzt von der Realität. Ein Grenzwert ist, kurz gesagt, nur dann sinnvoll, wenn er auch nachgewiesen werden kann und man eine Substanz mit vernünftigen Mitteln entfernen kann.

Die Schweiz kennt derzeit Grenzwerte für die Lebensmittel Fleisch, Fisch und Eier. Zum 1. Januar 2026 plant sie zusammen mit einigen EU-Ländern einen Summengrenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser für 20 verschiedene PFAS einzuführen. Dieser wäre weit strenger als die derzeit geltenden Grenzwerte von 0,3 Mikrogramm pro Liter für die Chemikalien PFOS und PFHxS und 0,5 Mikrogramm pro Liter für PFOA.

Souveränität und Neutralität als Voraussetzung einer freien, erfolgreichen Schweiz

Ansprache vom 5. April 2025 gehalten an der Ordentlichen Mitgliederversammlung der PRO SCHWEIZ

Mehrzweckhalle der Kaserne Bern, Bern von Christoph Blocher, a. Nationalrat und a. Bundesrat

Die schriftliche Fassung ist ab 5. April 2024 - 12 Uhr auf www.proschweiz.ch, www.blocher.ch www.svp.ch abrufbar.

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Sperrfirst: 5.4.2025, 12.00 Uhr Mitgliederversammlung PRO SCHWEIZ – Rede 5. April 2025 in Bern

Herr Präsident, Herr Professor Linder, Damen und Herren frühere und gegenwärtige Mitglieder des eidgenössischen Parlaments und der kantonalen Parlamente, Geschätzte Behördenmitglieder, Mitglieder von Pro Schweiz, Gäste und Mitlandleute,

- Liebe Frauen und Männer!
- Chers amis de la Suisse romande
- Cari amici de la Svizera italiana
- Caras amicas da la Svizra romontscha I.

I. Immer die gleiche Botschaft

Letzthin sagte mir eine Journalistin vorwurfsvoll: «Sie reden ja seit vierzig Jahren immer über das gleiche.» Ja, meine Damen und Herren, über die Bedeutung der schweizerischen Unabhängigkeit und die Wahrung der Neutralität kann man nicht oft genug reden, denn sie sind seit vierzig Jahren bedroht – von innen. Die Gegner der Unabhängigkeit sitzen im eigenen Land, haben alle einen Eid auf die Wahrung der Unabhängigkeit abgelegt und sie gebären immer wieder neue Instrumente und neue Leute, um auf diesem für unser Land verhängnisvollen Weg, die lebenswerte schweizerische Staatsordnung – insbesondere die Unabhängigkeit und Neutralität – zu zerstören. Das gilt es zu verhindern, denn sollten unsere Gegner gewinnen, sind Unfreiheit und Krieg für unser Land die Folge. Ich sage und wiederhole auch hier: Die Säulen der Schweiz wie Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Neutralität, Wohlfahrt, Volksrechte, Freiheit sind zu verteidigen. Zurzeit wirft die Classe politique den grossartigen Sonderfall Schweiz vor die Hunde, obwohl diese Staats-säulen unser Land stark gemacht haben. Meine Damen und Herren, merkt man denn in Bundesbern nicht, welche Kriegsgefahren gerade heute wieder bestehen? Wir sind drauf und dran, uns in Kriege zu verwickeln. Zum ersten Mal hat sich der Kleinstaat Schweiz als Kriegspartei gegen eine atomare Grossmacht gewendet, sich in fremde Händel eingemischt und sich damit zur Kriegspartei gemacht! Mitgliederversammlung PRO SCHWEIZ – Rede 05. April 2025 in Bern

II. Schweizer Neutralität bewahren

Es ist vordringlich, sich für die schweizerische Neutralität zu wehren.

**Die schweizerische Neutralität, d.h. die dauernde, bewaffnete,
integrale Neutralität ist das wichtigste Instrument zur Friedenssicherung für unser Land.**

Dies gilt vor allem für die heutige Zeit. Sie sorgt dafür, dass ein Feind die Schweiz nicht angreift. Voraussetzung für diese Kriegsverhinderung sind aber Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen für die dauernde Neutralität. Das Verbot, sich nicht in fremde Händel zu mischen, gilt nicht nur für militärische Einsätze im Ausland, sondern auch für nichtmilitärische Zwangsmittel (Wirtschaftssanktionen, diplomatische Sanktionen, Reisebeschränkungen etc.). Nur eine solche Neutralität ist glaubwürdig und wird von den anderen Staaten respektiert. Dies ist der Unterschied zur «gewöhnlichen» Neutralität, wie sie früher etwa Finnland oder Schweden bis zu ihrem Nato-Beitritt 2024 handhabten. Die Schweiz ist nur dank der immerwährenden, bewaffneten, integralen (umfassenden) Neutralität vor den fürchterlichen Folgen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges verschont geblieben. Und auch im anschliessenden Kalten Krieg konnte sie ihre Unabhängigkeit und Freiheit behaupten. Was sind das für Kindsköpfe, die das alles aufgeben wollen!

III. Neutralität oder Krieg

Die Schweiz hat die Alternative: vollständige Neutralität oder Krieg? Nur durch die vollständige Neutralität kann die Schweiz verhindern, in Kriege hineingezogen zu werden. Nur so ist die Schweiz für niemanden eine Kriegspartei. Sie ist zwar für keine Kriegspartei ein Freund, aber auch kein Feind. Das schützt vor einem Angriff auf unser Land. Natürlich, eine hundertprozentige Sicherheit hat man nie. Trotz der Neutralität könnte sich ein Staat auch über die dauernde Neutralität hinwegsetzen und die Schweiz angreifen. Damit der Feind es aber nicht tut, muss er auf eine militärische Gegenwehr stossen. Diese muss ihn abschrecken. Der Angreifer wird es sich gut überlegen, ob er nicht nur die dauernde Neutralität eines Landes verletzen soll, sondern sich auch dem grossen Schaden einer militärischen Gegenwehr aussetzen will. Eine Kosten-/

NutzenAnalyse muss einen möglichen Feind zum Nichtangriff veranlassen. Das ist die sogenannte Dissuasion einer glaubwürdigen Armee. Die Bewaffnung der Schweiz hemmt den Angreifer, aber wie die dauernde Neutralität hat man auch die Schweizer Armee verludern lassen. Die Neutralität und die Armee sind in Ordnung zu bringen. Es eilt.

Wer von der schweizerischen Neutralität abweicht, wer für eine Flexibilisierung oder Relativierung der Neutralität eintritt, wer für eine Nato-Annäherung oder gar einen Nato-Beitritt eintritt, ermöglicht Krieg in der Schweiz. Ebenso, wer Wirtschaftssanktionen oder diplomatische Kampfmittel der Schweiz gegen Drittstaaten ergreift, lockt den Feind an.

IV. Ja zur Neutralitätsinitiative

Ja, meine Damen und Herren, dieses bewährte Kriegsverhinderungssystem – die schweizerische Neutralität – wollen die führenden schweizerischen Politiker preisgeben. Sie wollen sich aus Geltungssucht in «fremde Händel» mischen. Sie wollen sich ungehemmt und leichtfertig an fremden Kriegen beteiligen. Das ist mit allen Mitteln zu verhindern. Die Bürger brauchen Schutz – die Wahrung der vollumfänglichen Neutralität bringt diesen Schutz. Darum ist die Neutralitätsinitiative eingereicht worden, über welche die Schweiz wohl im Jahr 2026 abstimmt. Was will diese? Die Neutralitätsinitiative will mit Artikel 54a der Bundesverfassung die selbständige schweizerische Neutralität konkret fassen, damit sie nicht beliebig interpretiert werden kann. Neu wird es heissen:

- 1. Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.**
- 2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.**
- 3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber Organisationen der Vereinten Nationen (Uno) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.**
- 4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung. Diese glaubwürdige Neutralität wird die Schweiz vor Krieg schützen. Wird diese abgelehnt, wird die Kriegsgefahr für die Schweiz erheblich.**

V. Ausbruch des ewigen Friedens

Doch die heutige Classe politique zerstört nicht nur die schweizerische Neutralität, sondern auch das unverzichtbare Gut der Unabhängigkeit. Die treibenden Kräfte in Bern wollen nach wie vor hinein in die EU, hinein in die Nato. Überall hinein, in die internationalen Gebilde, die die staatliche Unabhängigkeit untergraben. Hinein, hinein – und hinauf auf die Treppenplattform für das medial inszenierte Gruppenfoto mit all den Staatsoberhäuptern. Nachdem 1989 der Kalte Krieg zwischen Ost (die damalige Sowjetunion) und West (Nato und hauptsächlich die USA) zusammengebrochen ist, weil die Sowjetunion als sozialistisches Land wirtschaftlich gescheitert ist, haben die Politiker auch in der Schweiz den Kopf verloren. Sie haben behauptet: «Es gibt nie mehr Krieg, Grenzen sind unnötig, wir können alle zusammen gehen, wir haben ja die gleiche Wertordnung.» Wie Eintagsfliegen sahen sie keinen Grund, noch an der Schweiz festzuhalten. Und so kam es zum Vertrag über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Aber der schöne Name verlangte nichts anderes, als dass sich die Schweiz verpflichtet hätte, von der Europäischen Gemeinschaft (EU) das bisherige und künftige Binnenmarktrecht zu übernehmen. Die Schweiz hätte damit Ihre Unabhängigkeit zu Gunsten der EU geopfert – eine freiwillige Kolonialisierung der Schweiz. Aber trotzdem: Alles, was Rang und Namen hatte, wollte diesen Vertrag. Ihre Übermacht war zahlen- und einflussmässig enorm: Doch – meine Damen und Herren – die Classe politique hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Wir – damals die AUNS – wir letzten Mohikaner, standen auch damals zur schweizerischen Eidgenossenschaft, traten gegen den EWR an in der Überzeugung, dass die schweizerische Unabhängigkeit nicht zugrunde gehen darf und künftig die Schweiz sogar besser dastehen werde als die EU. Obwohl unsere Gegner drohten, dass bei einem Nein zum EWR die Schweiz verarmen würde, sagte das Schweizer Volk nein zum EWR-Vertrag.

VI. Das Wunder von 1992

Ja, meine Damen und Herren, am 6. Dezember 1992 ist ein Wunder geschehen, indem der Schweizer Souverän bei einer Beteiligung von fast 80 Prozent entschieden hat: Nein zum EWR – Nein zum EU-Beitritt. Stimmbürger und Kantone haben entschieden: Die Schweiz soll ein unabhängiges Land bleiben. Was für ein reifes Volk! Nach diesem eindeutigen Ergebnis, so glaubten wir, sei die Sache mit der EU nun erledigt.

VII. Ignoriertes Nein

Aber oha lätz! Die Classe politique hat das Ergebnis von 1992 innerlich nie anerkannt und darum versucht, die Stimmbürger hinters Licht zu führen. Heute sind die Bundesratsprotokolle von 1994 einsehbar. Man

kann sie jetzt nachlesen. Ich habe das getan, Sie können es auch tun. Hier ein Beispiel: Ein gutes Jahr nach der Abstimmung herrschte im Bundesrat ein grosses Gejammer über die Dummheit der Stimmbürger. FDP-Bundesrat Villiger meinte, es sei natürlich betrüblich, wenn der Bundesrat das Vertrauen verliere, weil die Mehrheit des Volkes den «Lügnern» nachlaufe. Er hat sicher nicht die Lügner gemeint, die später bei der Personenfreizügigkeit behauptet haben, es kämen pro Jahr höchsten 8000 bis 10'000 Zuwanderer aus der EU in die Schweiz. Heute wissen wir, es kamen zehnmal mehr. Ich weiss heute noch nicht, was eigentlich falsch – ja sogar gelogen – gewesen sein soll an unseren Argumenten. Und CVP-Bundesrat Cotti – so steht es im Protokoll – hat gesagt: Auch wenn das Volk anders gestimmt hat, wir machen das Gegenteil, denn eine Volksabstimmung kann die Geschichte nicht ändern. Von da an wurde offiziell alles unternommen, um den EWR-Entscheid zu hintertreiben. Die Verwaltung vereinbarte bilaterale Verträge mit der EU. Das wäre ja nichts Schlechtes. Ein bilateralen Vertrag ist ganz einfach ein «zweiseitiger Vertrag». Unser gesamtes Leben besteht aus bilateralen Verträgen: Wenn sie eine Wohnung mieten, schliessen Sie einen bilateralen Vertrag. Wenn Sie ein Kilo Kartoffeln kaufen, ist das ein bilateralen Vertrag. Der eine gibt die Kartoffeln, der andere das Geld. Käufer und Verkäufer sind auf gleicher Ebene – auf Augenhöhe. Auch bilaterale Verträge mit der EU wären schon in Ordnung, wenn sie in der Absicht abgeschlossen würden, der EU nicht beizutreten. Aber die Absicht – das Motiv – der Verwaltung war, bilaterale Verträge zu machen, um die Schweiz an die EU zu binden und schliesslich in die EU zu führen. Das war das Hinterhältige. So wurde dem Schweizer Volk ein Vertragspaket – geschnürt mit einer Guillotine-Klausel – serviert. So hat man mit Brüssel eine Personenfreizügigkeit vereinbart, die damals in der Schweiz niemand wollte – auch die Wirtschaft nicht. Der geschäftsführende Direktor des Wirtschaftsdachverbands «Vorort» – heute die Economiesuisse genannt – erklärte, die Personenfreizügigkeit wäre das Schlimmste für die Schweiz, das dürften wir nie machen. Aber sie haben's gemacht, weil sie uns in die EU führen wollten. Heute haben wir den enormen Schaden. Dies führte zu einer Zuwanderung, welche die Ursache fast aller Übel in der Schweiz bildet: bei den Schulen, der Kriminalität, bei Wohnungsnot, Staus auf den Strassen, Prämienexplosion usw. Die Personenfreizügigkeit ist der schlechteste Vertrag. Das Volk hat es schnell gemerkt und hiess darum die Masseneinwanderungsinitiative gut. Darum steht heute in der Bundesverfassung: Die Personenfreizügigkeit muss rückgängig gemacht werden. Aber die Politiker haben – mit Ausnahme der SVP – nur gelacht und missachteten diese Bestimmung der Bundesverfassung kaltschnäuzig. Ihr Amtseid entpuppte sich auch da als Meineid. Das Volk hat es beschlossen, es steht in der Bundesverfassung – schwarz auf weiss –, aber Politiker, die geschworen haben, die Verfassung einzuhalten, haben den Volksentscheid ausgehebelt.

VIII. Gescheiterter Rahmenvertrag 2021

Und so gipfelte das Unheil in weiteren Schandtaten. Die EU wurde immer selbstbewusster und forderte von der Schweiz: Ihr müsst mit uns einen Rahmenvertrag abschliessen, mit dem sich die Schweiz verpflichtet, das EU-Binnenmarkt-Recht zu übernehmen – und zwar das Bisherige und das, was neu kommt, genau wie beim abgelehnten EWR-Vertrag. Und wenn's die Schweiz nicht mache, müsse sie mit Sanktionen rechnen. Und wenn es Streit gibt, hat der Europäische Gerichtshof das letzte Wort. Also: Die Schweiz unterwirft sich der Gerichtshoheit der Gegenpartei. So etwas Verrücktes hat noch nie ein Staat auf der Welt gemacht: Die EU erlässt in Zukunft für die Schweiz Gesetze, und diese akzeptiert die fremden Richter – und erst noch die Richter der Gegenpartei. Schluss mit der Souveränität der Schweiz, Schluss mit dem eidgenössischen Freiheitsbrief, worin es doch unmissverständlich heisst: «Wir wollen keine fremden Richter haben.» Doch ein Lichtblick war, dass diesmal auch der Bundesrat das Verhängnis realisierte und 2021 die Grösse hatte, der EU mitzuteilen: Nein, da machen wir nicht mit. Es war ein wunderbares Bild, als der damalige Bundespräsident Guy Parmelin – der Weinbauer – mit beiden Beinen fest auf dem Boden vor Frau von der Leyen stand und ihr sagte: «Die Schweiz kann diesen Vertrag nicht unterschreiben.» Das war ein grosser Moment, unsere Landesregierung hat Rückgrat gezeigt.

IX. Schicksalsfrage Unterwerfungsvertrag 2025

Aber weder die EU noch unsere Classe politique gaben Ruhe. Und leider knickte der Bundesrat ein. Sie drängten weiter. Und darum stehen wir wieder vor der gleichen Schicksalsfrage. Der Vertrag hat noch keinen Namen. Sie suchen noch nach einem, der die Bevölkerung irreführt. Nennen wir ihn ganz einfach und wahrheitsgemäss: Unterwerfungsvertrag! Es ist wieder ein Vertrag, bei dem die EU als Gesetzgeber über die Schweiz installiert werden soll, und wieder ein Vertrag, bei dem der Schlussentscheid beim EU-Gerichtshof liegt. Kurz: ein klassischer Kolonialvertrag. Die Verantwortlichen in Bern haben allerdings gemerkt, dass das Volk so etwas nicht frisst. Und sie kamen zum Schluss: Wir müssen das Ganz so garnieren und frisieren, damit das Volk glaubt, es sei etwas Gutes. Das beginnt schon beim Namen. Und obwohl dieser Vertrag kein neuer zweiseitiger Vertrag ist, wollen Sie dem Ganzen «Bilaterale III» sagen. Also: Das das Ende des bilateralen Weges soll «Bilaterale III» genannt werden. Dieser Vertrag, der hier vorliegt, ist ein typischer Kolonialvertrag, ein typischer Unterwerfungsvertrag. Wenn wir ihm zustimmen, verlieren wir eine grosse Stärke des Landes, nämlich, dass die Bürgerinnen und Bürger auch über die Gesetzgebung bestimmen. Wir verlieren nicht nur die Souveränität, sondern auch die direkte Demokratie. Jetzt merken Sie auch, warum wir eine

solche Kluft haben zwischen dem Volk und der Classe politique. Es besteht ein Interesse bei all jenen, die glauben, im Land etwas sagen zu haben. Und ein ganz anderes Interesse bei den Leuten, dem Volk, das in seiner Macht beschränkt wird. Es passt der Classe politique nicht, dass das Volk andere Lösungen bestimmen kann, es passt Ihnen nicht, dass das Volk Gesetzesvorlagen ablehnen und Volk und Kantone die Verfassung ändern können – auch gegen die Classe politique. Darum möchte die Classe politique lieber in die EU, denn dort gibt es keine lästigen Volksabstimmungen. In der EU kann man machen, was die Classe politique will, in der Schweiz musst Du tun, was das Volk will. In der EU sind alle für alles verantwortlich, aber niemand für etwas. Das passt den Politikern! Meine Damen und Herren, weil die Classe politique weiss, dass sie ihren Unterwerfungsvertrag beim Volk nicht durchbringen wird, wenn sie die Wahrheit sagen würde, greift sie zum Gaunerwort «Bilaterale III», auch wenn es das Ende der bilateralen Verträge ist. Heute wird dieser Begriff immer aufs Neue verwendet. Selbst die «Neue Zürcher Zeitung», das ganz feine Blatt der Elite, braucht den Lügenbegriff. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Das wird uns begleiten in den nächsten Jahren – solche Lügenbegriffe, solche Gaunerbegriffe. Es ist unsere Aufgabe – wahrscheinlich gegen fast alle Medien –, dies aufzudecken. Die EU war wenigstens so ehrlich, festzuhalten, dass man diese Verträge nicht «bilateral» nennen könne, denn es sei das Gegenteil. Doch die offizielle Schweiz hat geantwortet: «Ja klar, das wissen wir schon, aber sonst bringen wir's nicht durch beim Volk.» Und – meine Damen und Herren – neben dieser verlogenen Titelbezeichnung wird dafür nur nebensächlich erwähnt, dass sich die Schweiz für diesen schicksalhaften Vertrag verpflichten würde, der EU jedes Jahr noch 350 Millionen Franken zu bezahlen! Aber genau darum geht es der EU am Ende: Schlussendlich will die EU an das Geld der Schweiz, sie hat einen Weg dazu. Der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat an einem Vortrag in der ETH gesagt: Es interessiert uns nicht, ob die Schweiz dem EU-Beitritt zustimmt oder nicht. Bei jedem Vertrag mit der EU übernimmt sie etwas mehr EU-Recht, und am Schluss ist sie in der EU, ohne dass es die Schweizer merken! Die VIP-Personen in der vordersten Reihe der Aula in der Universität applaudierten. Auf den hinteren Reihen – wo das gewöhnliche Volk sass – herrschte betretenes Schweigen. Aber, meine Damen und Herren, auch Herr Schröder hat die Rechnung ohne die «Pro Schweiz» gemacht. So saudumm sind wir auch wieder nicht! Wir sind schon dümmer als die Deutschen, aber so viel gescheiter sind diese auch wieder nicht. Ein Blick in die EU – diese intellektuelle Fehlkonstruktion – genügt. Aber das ist tröstlich: Wir können uns wehren. Wir wissen: «Nur die allergrössten Kälber wählen ihren Metzger selber.» Aktuell gilt es, der Neutralitätsinitiative zum Durchbruch zu verhelfen und mit dem Nein zum neuen Unterwerfungsvertrag die Unabhängigkeit der Schweiz zu retten!

Es lebe die Schweiz!

Vive la Suisse!

Viva la Svizzera!

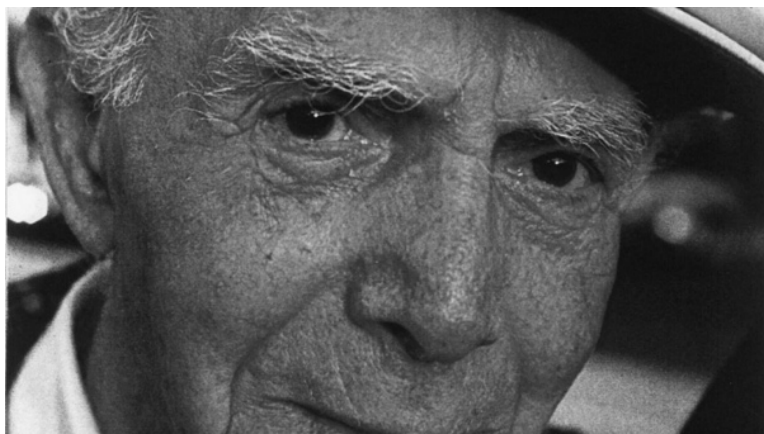
Viva la Svizra!

Quelle: https://www.blocher.ch/wp-content/uploads/20250320_Rede-CB-Pro-Schweiz-Bern.pdf

Was das Besondere an der Zürcher Schule ist?

Beitrag an einer Arbeitstagung der Zürcher Schule im Oktober 1967 - Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich

5. April 2025



Friedrich Liebling* (1893–1982) Gründer und Leiter der Zürcher Schule für Psychotherapie*

Was das Besondere an der Zürcher Schule ist, fragen Sie? Ja, das ist sehr leicht zu erklären, so leicht, dass es schon fast wieder schwierig ist, weil der Mensch sich nicht vorstellen kann, dass die Erklärung so einfach ist.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser, liebe Freunde, wir stellen Ihnen hier gerne wieder einen Text aus der Arbeit der «Zürcher Schule für Psychotherapie» vor. Gegründet und geleitet vom Psychologen Friedrich Liebling, entwickelte sich diese Schule in der Mitte und bis gegen Ende des letzten Jahrhunderts zur grössten psychologischen Schule der Schweiz mit mehr als 3000 Teilnehmern und wurde so zu einer Art Volkshochschule für soziale pädagogisch-psychologische Bildung.

Es hätte die wichtigste Lebensschule Europas werden können, weil die bahnbrechenden Erkenntnisse Freuds und Adlers zur Sozialnatur des Menschen in verständlicher Sprache gelehrt wurde. Es verwundert nicht, dass dies neben viel ernsthaftem Interesse, das sich in dem enormen Zulauf zeigte, auch Skepsis und Ablehnung weckte – aus Konkurrenzgründen seitens anderer psychologischer Richtungen oder aus weltanschaulichen und politischen Motiven verschiedensten Ursprungs.

Weil wir in den letzten Jahren sehr viel über Krieg und gesellschaftliche Missstände veröffentlicht und aufgeklärt haben, werden wir uns vermehrt den Ursachen des Krieges zuwenden und Ihnen wertvolles Material aus der Bildungsarbeit der «Zürcher Schule» zur Verfügung stellen. Wir laden Sie ein, mitzulesen und mitzudenken, unsere Arbeit zu unterstützen und weiter zu verbreiten. Herzlich Margot und Willy Wahl

Der Mensch, der zu uns kommt, der Mensch, der Schwierigkeiten hat in seinem Leben, mit seiner Frau, mit seinem Mann, seinem Kind, seinem Nachbarn, seinem Chef oder seinem Untergebenen, der Mensch, der beim Lernen Probleme hat, oder sonst in seinem Leben nicht zurechtkommt, der ist bei uns kein Fall, kein Patient und kein Klient.

Er ist auch nicht krank. Nein, er ist in seiner Kindheit falsch informiert worden.

Und was wir machen? Wir informieren ihn richtig. Das heisst, wir erklären ihm die Grundlagen der modernen Psychologie. Er erforscht seine Lebensgeschichte, erkennt, wie er geworden ist, welche Meinungen er über das Leben, den Mitmenschen und sich hat. Indem wir ihm die Natur des Menschen erklären, beginnt er selbst zu experimentieren.

So einfach ist das, und doch so schwer zu verstehen. Denn wenn der Laie kommt, hat er die Meinung, dass die Psychologie etwas Mystisches ist. Er glaubt, der Psychologe oder Psychiater werde ihn behandeln, mit einer ganz speziellen Methode. Der Psychologe durchschaue ihn, sehe Dinge in der Tiefe seiner Seele, die ganz unheimlich sind. Der Mensch glaubt an Schicksal und Fügung, an Vererbung und vorgeburtliche Beeinflussung.

Wenn man ihm erklärt, dass er selbst in der Lage ist, sein Leben zu gestalten, sich selbst zu verstehen, kommt ihm das unheimlich vor. Denn bisher hat er geglaubt, dass andere sein Schicksal bestimmen, Götter, dunkle Mächte, tiefverborgene Triebe und Gelüste.

Aber tatsächlich ist der Mensch – jeder Mensch – die Summe aller seiner bisherigen Erfahrungen. Und wenn er sie aufdeckt und versteht, kann er sich und sein Leben ändern.

Die Mutter, die zu uns mit ihrem Problemkind kommt, ist bei uns kein Fall. Sie reiht sich ein in die Schar der anderen Lernenden, sie sitzt in den Kursen und Gruppen neben dem Professor, der auch Lernender ist. Sie denkt und forscht mit. Sie redet mit. Ihr Wort hat gleich viel Gewicht, wie das aller anderen Teilnehmer. Wenn sie eine Frage stellt, wird sie so ernst genommen, wie jeder andere. Alle werden sich bemühen, die Frage dieser Mutter zu beantworten. Die Arbeit geht nicht weiter, bis sie verstanden hat.

Oder der Jugendliche, der kommt, weil er mit seinem Leben nicht fertig wird. Oder der Student, der Angst hat in den Prüfungen, oder der Mediziner nach Abschluss seiner Studien. Alle gelten gleich viel. Die Fragen eines jeden sind gleich wichtig.

Jeder Mensch, der zu uns kommt, überprüft aufs Neue, ob die Erkenntnisse der modernen Tiefenpsychologie stimmen. Er hört, dass Charaktereigenschaften nicht vererbt sind und er beginnt, zu überprüfen, ob es stimmt.

Er hört, dass der Mensch von Natur aus ein soziales Wesen ist und er beginnt zu überprüfen, ob es stimmt. Er hört, dass jeder vollsinnige Mensch lernen kann, und er macht das Experiment bei sich, bei seinem Kind, bei seinem Schüler, bei seinem Lehrling. Und er sieht, es stimmt.

Das ist der Erfolg der Zürcher Schule: Es gibt keine verborgenen Mittel, Tricks oder Methoden. Es gibt nur das Wissen um das menschliche Seelenleben, das jeder – wenn man ihn informiert – verstehen kann.

Warum ist das so schwer zu verstehen?

Im Grunde ist es so einfach wie das Kochen oder das Französischlernen: Wenn ich weiss, welche Zutaten ich wie verwenden muss, backe ich einen schönen Kuchen. Wenn ich weiss, was die französischen Wörter heissen, wenn es mir jemand erklärt, dann lerne ich Französisch.

Das ist so schwer zu verstehen, weil wir nicht gelernt haben zu denken.

Das heisst zum Beispiel, der in der Schule versagt hat, glaubt, dass der, der an der Uni studiert, das einfach so hat, durch die Vererbung oder durch die göttliche Eingebung. Tatsache ist aber, dass der Studierende alles, was er weiss, gelernt hat. Und wenn dieser das lernen konnte, kann es jener im Prinzip auch.

Wenn ich weiss, dass ich alles lernen kann, dann kann ich ja beginnen zu üben. Zum Beispiel mein Kind verstehen, meinen Schüler, meinen Partner. Ich weiss dann, dass es nicht einfach so ist und dass es nicht einfach so bleiben muss bis an mein Lebensende.

Dann suche ich mir jemanden, der den Stoff, den ich lernen möchte, schon durchgenommen hat und frage ihn, ob er es mir auch erklärt. Und dann lerne ich.

So ist es auch in der Psychologie: Ich suche mir jemanden, der sich schon auskennt, frage ihn, ob er mir sagt, was er schon weiss, und ich eigne es mir an.

An einem Beispiel will ich es Ihnen noch deutlicher erklären:

Ich lerne mit Schülern, bisher habe ich noch keinen einzigen Schüler getroffen, der naturwissenschaftlich lernt. Sondern meine Schüler – und sie sind, wie gesagt, leider keine Ausnahmen – haben eingeübt, schnell schnell die beste Antwort zu geben, und der Lehrer sagt ihnen dann, ob es richtig war.

Wenn sie zu mir kommen, müssen sie selbst zu denken beginnen. Wir nehmen einen Stoff durch, zum Beispiel Buchhaltung, von der ich selbst wenig Ahnung habe. Wir versuchen gemeinsam herauszufinden, wie es nun ist, wie man es macht.

Es kommt vor, dass der Schüler und ich verschiedene Resultate haben. Schnell, schnell streicht der Schüler sein Resultat. Er glaubt, meines müsse richtig sein. Warum glaubt er das? Weil man ihm das eigenständige Denken nicht vermittelt hat.

Ich sage ihm, aber woher weisst Du, dass mein Resultat richtig ist? Ja, einfach weil ich erwachsen bin, oder der Lehrer oder der Psychologe? Ja, aber das ist kein Kriterium. Du musst doch schauen, ob es sachlich stimmt.

Und er beginnt zu überprüfen, und er sieht z.B. dass mein Resultat falsch und seines richtig war. Er lernt zu denken, er lernt, seinem eigenen Verstand zu trauen, er lernt zu überprüfen. Er wird Wissenschaftler.

In der Psychologie ist es nicht anders. Der Mensch lernt denken, lernt wissenschaftlich zu forschen, lernt wissenschaftlich zu überprüfen. Das macht ihn unabhängig, stark und reif.

Warum dann immer wieder die Frage, was ist es nun wirklich, das Besondere an der Zürcher Schule. Eigentlich haben wir es genauestens erklärt. Aber der Mensch ist nicht zufrieden, er versteht es nicht, er glaubt, da müsse doch etwas ganz Besonderes dahinterstecken, hinter dem Erfolg der Zürcher Schule, etwas besonders Schlaues, irgendein Trick, eine Methode. Der Psychologe als Magier und Mediziner, der mit dunklen Mitteln den Menschen zu beeinflussen weiss. Hokuspokus. Es kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen, dass eine psychologische Schule so viele Menschen anlockt.

Was ist so schwer daran zu verstehen, dass die wissenschaftliche Erkenntnis, in einer Weise dargeboten, dass sie jeder versteht, Erfolg hat? Was ist so schwer daran zu verstehen, dass der Mensch der bei sich die Experimente macht und sein Leben besser leben kann, in die Zürcher Schule geht?

Es geht ihm eben besser, er beginnt zu lernen, seine Kinder zu verstehen, seine Ehe zu richten, sein Geschäft besser zu führen. Deshalb kommt er in die Zürcher Schule.

Jede Entdeckung auf allen Gebieten der Wissenschaft, sind einfach, wenn man sie entdeckt hat. Im täglichen Leben hat jeder Mensch ein solches Erlebnis gehabt, aha, so geht es, so einfach ist es.

Das schwierige an der Psychologie ist, die Veränderung der Gefühle.

Weil wir sie als ganz kleine Kinder, bevor wir noch denken und urteilen konnten, durch den Umgang unserer Eltern vermittelt bekommen haben, fällt es uns schwer, sie uns bewusst zu machen.

Ein Beispiel: Ein junger Mann kommt und erzählt, dass er gerne eine Freundin haben möchte, aber er getraue sich nicht, ein Mädchen anzusprechen. Er weiss nicht wieso. Er hat einfach Angst, wird rot, weiss nichts zu sagen, fängt an zu stottern, oder sagt gar nichts, geht vorbei. Er glaubt, es sei bei ihm einfach so. Er sei eben ein besonders schüchterner, introvertierter Mensch. Das ist Schicksal und wird sich sein Leben lang bei ihm nicht ändern. Und überhaupt ist es bestimmt schon im voraus bestimmt ob er einmal eine – die richtige – Frau finden wird.

Und trotzdem möchte er doch so gerne ...

Seine Lebensgeschichte erklärt uns ganz genau, warum er diese Schwierigkeiten hat. Ich will sie hier nicht ganz aufrollen, sondern nur ein Beispiel geben: Als er 14 war, wurde er vom Vater aufgeklärt – vorher hatte man über die Liebe und die Sexualität nie gesprochen. Er hatte auch nie gesehen, dass seine Eltern zärtlich zueinander waren.

Sein Vater klärte ihn nun auf, er sagt: «Bub geb' acht, lass' die Finger davon, als Mann soll man keine unanständigen Gedanken haben und die anständigen Frauen nicht belästigen.»

In seinem tiefsten Inneren hatte dieser junge Mann Angst, die Frauen mit seiner Werbung zu belästigen. Er wollte je anständig sein.

Als er erfuhr, dass es nicht unanständig ist, eine Freundin zu haben und um eine Frau zu werben, sah er es wohl ein, trotzdem hinderte ihn sein Gefühl im entscheidenden Moment, einen Schritt auf seine Angebetete zu tun. Das Gefühl war stärker als sein Wissen, weil nämlich das Gefühl den Verstand regiert und nicht umgekehrt, wie man oftmals meint.

Erst als er zu einem Menschen tiefes Vertrauen gefasst hatte, der ihn verstand und ihm Mut machte, von dem er glaubte, dass er ihn auch nicht verachten würde, falls er sich einmal sogenannt unanständig verhalten würde – als also die Übertragung spielte, was wir das Vertrauen nennen – probierte er es einmal. Er hatte Erfolg, er wurde erhört. Er erlebte, dass die Frau sehr glücklich war über sein Werben, sie hatte nämlich schon lange darauf gewartet.

Der erste Erfolg zieht den zweiten nach sich, er probierte öfters und mehr und überwand seine Ängste. Das ist ein Beispiel. Und ich könnte Ihnen hunderte erzählen.

Der Erfolg der Zürcher Schule ist dadurch zu erklären, dass die Menschen, die zu uns kommen, ihr Leben besser einrichten können. Das kann jeder verstehen, denn er erlebt es ja selbst.

Quelle: Beitrag an einer Arbeitstagung der Zürcher Schule im Oktober 1967, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich

Quelle: <https://seniora.org/erziehung/psychologie/was-das-besondere-an-der-zuercher-schule-ist>

Bedrohungslügner, Kriegsgurgeln und Hirn-Tot-Schläger

Maren Müller, Veröffentlicht in News Tagged with ARD, Veröffentlicht am 31. März 2025

Die Angstmacherei vorm «russischen Angriffskrieg» ist ein fieses Ablenkmanöver von den westeuropäischen Kriegsplänen gegen Russland

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Sigmar Gabriel, abgehalfterter Ex (-Vizekanzler, -Aussenminister, -SPD-Vorsitzender), pisst von der Atlantik-Brücke (gegen den Wind): «Wäre ich Putin, würde ich schon 2028 kommen.» [1] Zu unserem und der Russen Glück ist er es nicht, sondern bloss ein Sozi aus deren Stahlhelm-Fraktion. Erschwerend kommt hinzu: Er sitzt für fettes Honorar in den Aufsichtsräten kriegswichtiger Unternehmen, zum Beispiel der Deutschen Bank [2], der Siemens Energy Global [3], der thyssenkrupp Steel Europe [4] und der Daimler Truck Holding [5]. Kriegsängste schüren liegt in deren Geschäftsinteresse. Krieg ist ihr Ersatzbegriff für immensen Profit. Sozis von Gabriels Schlage haben das längst verinnerlicht.



Weder lernwillig noch lernfähig – schlicht empathielos. Dass bereits zwei deutsche Russland-Feldzüge in neuerer Zeit in Katastrophen mit Millionen Toten endeten, stört sie nicht. Im Ersten Weltkrieg bramarbasierten die Vertreter des Geldadels vom «unausweichlichen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum». [6] Bekanntlich stimmte die SPD damals den Kriegskrediten zu, mit denen das ersehnte Abschlagen finanziert wurde. 23 Jahre später machten die von den Konservativen an die Macht gehieften Nazis weiter. Mit der gleichen Propagandalüge, der «Gefahr aus dem Osten»:

«In diesem gemeinsamen Kampf um die gemeinsame Existenz müssen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zurücktreten und muss die Pflicht lebendig werden, die gemeinsame Front zu bilden gegenüber dem roten Weltfeind.» (Das Nazi-Blatt Völkischer Beobachter am 16. Juni 1937. Quelle: «Die Bedrohungslüge», G. Kade, 2. Auflage 1980, S.106).

Man ersetze «roter Weltfeind» mit «Machthaber Putin», schon ist man mittendrin in der Rhetorik unserer Gegenwart. Wir wollen keinen Zweifel lassen, wes Geistes Kind die Zeitgenossen sind, die den Schmarren «der Russe bedroht Europa» neuerdings in Umlauf brachten – und welche bösen Hintergedanken sie dabei haben. Deshalb das Zitat eines der schlimmsten Demagogen der Zeitgeschichte:

«Es ist nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen ist, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen ... dazu war es notwendig, nicht nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern dem deutschen Volk bestimmte aussenpolitische Ereignisse so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien beginnt ...» (Adolf Hitler vor der deutschen Presse am 10. November 1938. Quelle: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/1958, S.182 ff)

Seit Jahrzehnten pinseln journalistische Agitatoren wie Udo Lielischkies, Sylvia Stöber, Ina Ruck, Sabine Adler, Golineh Atai, Thomas Roth und Demian van Osten das Feindbild Russland. Ihre Farbmischung: Unterstellungen, Lügengeschichten, (Heldenlegende Nawalny, Vergiftungssaga Skripal, Räuberpistole «Cyberat-

tacken»). Die deutschen Systemmedien, angeführt vom «Flaggschiff» ARD-Tagesschau, waren sich für keine Falschmünzerei zu schade.

Wir sind wieder so weit

Wenn irgendein unbedarftes Hornvieh blökt, der «autoritäre» Putin werde demnächst Krieg gegen Westeuropa und speziell gegen Deutschland führen, dann sind allemal genug hirnrissige Journalisten zur Stelle, um das abzumelken und zu Nachrichtenkäse zu verarbeiten.

Diesen von logischen Denkprozessen und politischer Sachkenntnis weit entfernten beruflichen Ausfallerscheinungen ist es egal, welchen niederträchtigen Interessen sie dienen, der planvollen Umstellung auf Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung, der Ablenkung vom «notwendigen» Sozialabbau und damit der Profitgier der Rüstungswirtschaft und ihrer Aktionäre.

Das ganze Elend wird manchmal schlaglichtartig sichtbar. Die bayerische Gesundheitsministerin Gerlach forderte kürzlich ein bundesweites Programm zur medizinischen Versorgung im Kriegsfall. Hintergrund sei «die militärische Bedrohung durch Russland und eine mögliche Abkehr der USA durch Donald Trump.» [7] Na bitte. Und niemand fragt zurück, wann die Frau selbst das letzte Mal beim Arzt war.

Dass deutsche Friedenspolitik erheblich preiswerter und sinnvoller sein könnte als der Bau von Lazaretten für Kriegsversehrte, kommt bei solchen Tönen niemandem mehr in den Sinn. Obwohl die gedanklichen Parallelen zur kriegsvorbereitenden AgitProp der Nazis kaum zu übersehen sind. Dass hierzulande schon viele neofaschistische Kulissen geschoben werden, stört die Journaille nicht. Sie schiebt selber mit.

Der erst wenige Monate alte Vorwurf, die Russen planten noch in diesem Jahrzehnt einen «Krieg gegen uns», wurde planmässig und skrupellos ins öffentliche Gedächtnis gedrückt. Das lässt sich vom ersten Auftauchen an nachvollziehen.

Als Russlands «militärische Sonderoperation» gegen die Ukraine begann, war nirgendwo von einer russischen Kriegsdrohung gegenüber Resteuropa die Rede. Im Gegenteil, es herrschte eine eher abwartende und distanzierte Haltung vor, wie ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages widerspiegelt: «... die wichtigsten aussen- und sicherheitspolitischen Ziele Russlands sind ... internationales Prestige und eine internationale Führungsrolle ... der Status einer globalen Wirtschaftsmacht mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte der Welt. Diese Ziele will Russland unter anderem durch Mitarbeit und Kooperation in internationalen Organisationen erreichen.» [8]

Auch die unsäglich frühere Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, SPD, sprach vor drei Jahren (mit Blick auf das damals gewünschte 100-Milliarden-Euro-«Sondervermögen» zum Aufmotzen der Bundeswehr) noch nicht von der Gefahr eines russischen Angriffs, sondern betonte, dass die Schuldenmacherei nur der Verbesserung der deutschen Verteidigungsfähigkeit diene:

«Eine angemessene Ausstattung ist essenziell für unseren Schutz und den unserer Bündnispartner.» [9]

Besen im Hosenanzug

Dass von russischen Kriegsdrohungen im Frühjahr 2023 noch keine Rede war und sie selbst nichts dergleichen wahrgenommen hatte, liess auch EU-Präsidentin von der Leyen erkennen. Bis zum Kragen abgefüllt mit Russenhass, tönte sie:

«Diese Sanktionen, die treffen Präsident Putin ins Mark und nehmen ihm die Möglichkeit, diese brutalen Kriege, die er führt, weiter zu finanzieren.» [10]

Vier Monate später zeigte sie noch deutlicher, wer da wem mit Drohungen statt Diplomatie begegnete: Sie sei fest davon überzeugt, dass man den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Mut und Solidarität zum Scheitern bringen werde und Europa am Ende die Oberhand gewinne.

«Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass die Sanktionen von Dauer sein werden ... die schärfsten Sanktionen, die die Welt je gesehen hat.» [11]

Vom Verdacht russischer Angriffspläne gegen das restliche Europa kein Wort. Prowestliche Siegesgewissheit erlaubte gar keine Aussage, Russland stelle eine Bedrohung dar. Überheblichkeit war vielmehr journalistischer Standard, sogar noch im Spätsommer vorigen Jahres:

«Während die Wirtschaft leidet, gehen Putin die Reserven und Soldaten aus. Der Kreml könnte gezwungen sein, im kommenden Jahr den Waffenstillstand zu suchen.» [12]

Das war so realistisch wie die Behauptung, Schaukelpferdäpfel gäb's auch beim Bio-Bauern. «Putin verliert», wurde allen Ernstes behauptet – bis SPD-Minister Pistorius seinen inzwischen «historischen» Furz im ZDF-Parfümladen «Berlin direkt» fahren liess. Ohne Vorwarnung, am 30. Oktober 23:

«Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heisst: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.» [13]

Aus dem hohlen Bauch

Ein Tabubruch, keine Frage. Doch erwähnte Pistorius Russland mit keinem Wort – dafür war er zu schlau. Er «lieferte» unausgesprochen; er konnte sich darauf verlassen, dass schon genügend Redaktionsbleistifte

schnallten, was «dabei gedacht» war, und dass sie prompt die Russen der Kriegsbrunst bezichtigen würden. Beweise hätte er ja nicht beibringen können. Er schwadronierte nur im Kontext dieser westlichen Geheimdienstspekulationen: Es könnte sein / es wäre denkbar / man könne nicht ausschliessen – dass Russland über das für seinen Kampf gegen die Ukraine notwendige Mass hinaus aufrüstete und eine spätere Konfrontation mit der NATO suche.

Nichts als Kaffeesatzleserei im Stil der Geheimdienste, zu deren Handwerk das Erfinden von Gefahren gehört. Sie wickeln ihre parlamentarischen Auftraggeber ein. Bitte anschnallen:

«Geheimdienste schulen Bundestagsabgeordnete. Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, Grünen und SPD ... Als Gäste werden Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes, und Sinan Selen, Vize-Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, erwartet. ... «Wir sind in Deutschland seit Langem mit andauernden Angriffen konfrontiert», sagte Grünen-Fraktionsmanagerin Irene Mihalic.» [14]

Hochverehrte Volksvertreter! Es sollte Ihr Basiswissen sein, dass «Demokratie» und «Geheimdienst» sich im Prinzip gegenseitig ausschliessen. Und dass es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, die diversen deutschen Geheimpolizeien genauestens zu kontrollieren, wenn Sie schon meinen, nicht auf sie verzichten zu dürfen. Sich von diesen finsternen Brüdern schulen zu lassen, ist ein Offenbarungseid. Besagte Geheimdienst-Experten konnten ja nicht mal Bundeskanzlerin Merkels Diensttelefon vor den Spionen der Amis schützen. [15] Bis heute kriegen sie es nicht auf die Reihe, diese NSA- und CIA-Schnüffler abzuwehren ...

Vom Frieden bedroht

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, GDAP, machte im Sommer letzten Jahres den Zünder für die Entwicklung der Bedrohungslüge sichtbar. Den Grund dafür, Kriegsangst zu schüren und damit plötzlich irrsinnige Rüstungsanstrengungen durchsetzbar zu machen: der befürchtete Wahlsieg des US-Präsidenten Trump und dessen Ankündigung, den Ukraine-Krieg sofort beenden zu wollen.

Entspannung mit Moskau? Der Albtraum für deutsche Kriegsgewinnler. Er rief die akademischen Gesinnungsfreunde von der DGAP auf den Plan. Deren Empfehlung: «Im Fall eines Wahlsiegs von Trump sollten sie (die europäischen Regierungen) auf seinen transaktionalen Politikstil eingehen, aber deutlich machen, dass sie keine Verhandlungslösungen akzeptieren ... Deutschland und die europäischen Regierungen müssen ihre Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine verstärken, beschleunigen und verstetigen. ... Zugleich ist es entscheidend, die europäische Bevölkerung weiterhin davon zu überzeugen, dass die langfristige Unterstützung einer freien und unabhängigen Ukraine im eigenen Interesse liegt.» [16]

Dass die «langfristige Unterstützung» darauf hinausläuft, den täglichen qualvollen Tod und die Verstümmelung Abertausender Mitmenschen zu finanzieren, kümmert GDAP-Schreibtischkrieger nicht. Aber auch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer «Expertise» – 18. Juni 2024 – war von russischer Angriffsgefahr für Westeuropa förmlich noch keine Rede. Im Gegenteil: Es galt das Wort des damaligen NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg: «Wir stellen keine direkten Drohungen (aus Russland) gegenüber einem der Bündnismitglieder fest ... Nach dem Ende der Feindseligkeiten (in der Ukraine) kann Russland seine Stärke wiederherstellen, aber das bedeutet nicht, dass wir einer direkten Bedrohung... ausgesetzt sind.»[17]

Der Zeitrahmen-Konstrukteur

Dem DGAP-«Experten» Christian Mölling [18] blieb es vorbehalten, zu konkretisieren, was der «kriegstüchtig»-Pistorius gemeint haben könnte: Mölling nannte erstmals einen Zeitrahmen («sechs bis acht Jahre») für den Beginn eines russischen Angriffskriegs und fantasierte die Notwendigkeit herbei, die Bevölkerung kriegsbereit zu machen. [19]

Mölling hatte sich nicht mal 2023 vom Milliarden-«Wumms» für die Bundeswehr ruhigstellen lassen:

Das, was an «Kriegsniveau, Kriegsfähigkeit oder Verteidigungsfähigkeit» notwendig sei, um Russland von einem Angriff abzuhalten oder im Angriffsfall bereits an der Nato-Grenze stoppen zu können, sei zurzeit nicht gegeben. Es fehle an Material, Soldaten und vielen Kleinigkeiten. [20]

Der Mann weiss, dass er mit seinem Alarmismus Kohle machen kann, ob bei der staatlich finanzierten Stiftung für Wissenschaft und Politik [21], beim German Marshall Fund of the United States [22], bei der ebenfalls staatlich und überdies von der Rüstungsindustrie finanzierten [23] Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik oder neuerdings bei der Bertelsmann Stiftung. [24]

Auszug aus dem DGAP Policy Brief: «Das Fenster zu einem möglichen russischen Angriff öffnet sich, sobald Russland den Eindruck hat, ein Angriff, etwa im Baltikum, könnte erfolgreich sein ... Experten und Geheimdienste schätzen, dass Russland sechs bis zehn Jahre brauchen wird, um seine Armee so weit wieder aufzubauen, dass es einen Angriff auf die NATO wagen könnte.»[25]

Reine Behauptungen. Nicht auf Fakten gestützt, sondern auf «opportune Zeugen» [26], «Experten» und «Erkenntnisse» der Geheimdienste. Keine Analyse, sondern eine Berufung auf die Schwarmdummheit.

Angriff als beste Verteidigung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Kernstück des zensur-industriellen Komplexes, bot sich als der gegebene Tummelplatz für Hetzer und Kriegstreiber an. Ihr «Wir müssen kriegstüchtig werden, in ein paar Jahren

kommt der Russe», wurde zum Ohrwurm. Der ranghöchste deutsche Soldat, Generalinspekteur Carsten Breuer, knapp 60 Jahre alt [27], wäre vor seiner Pensionierung wohl gerne wenigstens kurz noch mit von der Partie; er zog daher den Beginn für Iwans Angriff ein wenig vor. «Fünf bis acht Jahre.» [28] Und liess keinen Zweifel dran aufkommen, dass er es krachen lassen möchte: «Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, ist nicht mehr genug.» [29]

Sondern? Selbst angreifen, um endlich nicht mehr nur über Verteidigungsbereitschaft quatschen zu dürfen? Jawoll, Herr General! Feuer!

Der Mann ist bloss fleischgewordener Zeitenwende-Geist. Kanzlerkandidat Friedrich Merz: «Es ist nämlich ein Krieg gegen Europa und nicht nur ein Krieg gegen die territoriale Integrität der Ukraine ... ein Krieg auch gegen unser Land, der täglich stattfindet: mit Angriffen auf unsere Datennetze, mit der Zerstörung von Versorgungsleitungen, mit Brandanschlägen, mit Auftragsmorden mitten in unserem Land, mit der Ausspähung von Kasernen, mit Desinformationskampagnen ...» [30] (s. dazu: David Goessmann, «Was steckt hinter dem Vorwurf der hybriden Kriegsführung Russlands gegen Europa?» [31])

Erst im Oktober vorigen Jahres wollte Hassredner Merz Russlands Präsident Putin ein Ultimatum stellen: «Wenn das nicht aufhört mit den Bombardements, dann ist der erste Schritt der: Reichweiten-Begrenzung (für ukrainische Raketenangriffe auf Russland) aufheben. Und der zweite Schritt der, dass wir die «Taurus» (deutsche Rakete mit grosser Reichweite und Sprengkraft) liefern ... Und dann hat Putin es in der Hand, wie weit er diesen Krieg noch weiter eskalieren will.» [32]

Ob er auch noch als Bundeskanzler den Maulhelden spielt wird, müssen wir leider abwarten. Vielleicht ermannt sich jemand aus seiner Umgebung und macht ihn darauf aufmerksam, dass Putin eine Taurus-Lieferung an Kiew als deutsche Kriegserklärung wertet und «entsprechend» reagieren will – völkerrechtlich absolut korrekt. Vielleicht erinnert sich Merz auch daran, erst kürzlich von einer russischen Haselnuss [33] gelesen zu haben, deren Wirksamkeit weltweit beeindruckt. Vielleicht.

Kriegsplaner

Russland droht der EU nicht mit Krieg. Das bestätigen zahlreiche hochrangige Experten, zum Beispiel US-Chefunterhändler Steve Wittkoff: «Ich habe das Gefühl, Putin will Frieden.» [34] Der deutsche Ex-Generalinspekteur Harald Kujat hält Behauptungen von einem bevorstehenden russischen Angriffskrieg für «Unsinn». [35] Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder: «absurd». [36] Ex-Oberstleutnant Jochen Scholz: «Standardlüge». [37] Ex-Oberst Wolfgang Richter:

«Wenn Russland tatsächlich das Mittel Krieg wahrnimmt zum Erreichen politischer Ziele, warum soll es bis 2029 warten?» [38]

Tja. Warum? Weil Russland an einem Krieg gegen Rest-Europa gar kein Interesse hat. Der italienische Ex-Ministerpräsident Conte nennt deshalb das europäische Hochrüstungsprogramm «eine totale Geldverschwendung». [39]

Deutschland und die EU haben für Russland keinen Reiz: gigantische Schuldenberge, schrottreif gesparte Infrastruktur, keine nennenswerten Ressourcen von irgendwas. Eine Region, deren politische Vorturner von ihrem wichtigsten «Verbündeten», der US-Regierung, offen als antidemokratisch verachtet, als Schmarotzer bezeichnet und auf den Topf gesetzt werden. [40]

Gute Frage an uns alle:

«Wie weiter in einem Land, das dabei ist, zum Selbstbedienungsladen korrupter Regenten und Noch-nicht-Regenten zu verkommen?» [41]

Unsere politischen, journalistischen, akademischen und militärischen Krawallbrüder und -schwestern sind nur Tonverstärker mit W-LAN zum Schattenreich der Geldelite. Der ist vollkommen gleichgültig, was aus den Westeuropäern wird. Sie ist sozial abgehoben, international abgesichert und rechtzeitig offshore [42], bevor es kracht. Es würde ihr Stellvertreterkrieg. Sein Ziel und zugleich angelsächsischer Wunschtraum: Deutschland zerstört und Kontinentaleuropas Wirtschaft für lange Zeit am Boden.

Nicht Russland droht mit Krieg gegen Westeuropa. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Deutsche und einige andere Westeuropäer wollen und planen Krieg gegen Russland.

Quellen:

[1] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/illner-gabriel-trump-ukraine-europa-verteidigung-100.html>

[2] https://investor-relations.db.com/corporate-governance/organizational-structure/supervisory-board?language_id=3&kid=ir-de-aufsichtsrat-hm.redirect-en.shortcut

[3] <https://www.siemens-energy.com/de/de/home/company/supervisory-board.html>

[4] <https://www.thyssenkrupp-steel.com/de/newsroom/pressemitteilungen/neue-mitglieder-im-aufsichtsrat-der-thyssenkrupp-steel-europe-ag.html>

[5] <https://www.daimlertruck.com/newsroom/pressemitteilung/der-ceo-podcast-mit-sigmar-gabriel-was-bringt-2024-fuer-europa-und-die-welt-52563660>

[6] <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-16439>

[7] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article255716104/Krankenhaeuser-sollen-sich-auf-Kriegsfall-vorbereiten-sagt-Bayerns-Gesundheitsministerin.html>

- [8] <https://www.bundestag.de/resource/blob/918488/30971c4459f7f97cf215b8a321dd5699/WD-2-071-22-pdf.pdf>
- [9] <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2022/20221012-918976>
- [10] https://germany.representation.ec.europa.eu/news/von-der-leyen-im-deutschlandfunk-sanktionen-treffen-putin-ins-mark-2022-03-07_de
- [11] <https://www.srf.ch/news/international/putins-spur-des-todes-von-der-leyen-eu-sanktionen-gegen-russland-werden-von-dauer-sein>
- [12] <https://www.fuw.ch/russland-die-tage-der-russischen-kriegswirtschaft-sind-gezaehlt-924927782940>
- [13] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/boris-pistorius-krieg-europa-kommentar-100.html>
- [14] <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2025-03/64955863-geheimdienste-schulen-bundestagsabgeordnete-003.htm>
- [15] <https://www.n-tv.de/politik/Deshalb-hoert-die-NSA-Bundeskanzlerin-Angela-Merkel-und-andere-Politiker-ab-article11621676.html>
- [16] <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/die-zukunft-der-us-ukrainehilfe-ist-ungewiss>
- [17] <https://de.euromore.eu/stoltenberg-nato-ne-vidit-voennyh-ugroz-so-storony-rossii/>
- [18] https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Mölling
- [19] <https://www1.wdr.de/nachrichten/krieg-europa-pistorius-interview-moelling-100.html>
- [20] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/angriff-russland-putin-nato-verteidigung-100.html>
- [21] <https://www.swp-berlin.org/die-swp/ueber-uns/grundlegendes/finanzierung>
- [22] <https://www.gmfus.org/about>
- [23] https://lobbypedia.de/wiki/Deutsche_Gesellschaft_für_auswärtige_Politik
- [24] <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/moelling-wechselt-in-die-bertelsmann-stiftung/>
- [25] https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP%20Policy%20Brief%20Nr-32_November-2023_11S_2.pdf
- [26] <https://prezi.com/0vgko57bytuo/opportune-zeugen/>
- [27] https://de.wikipedia.org/wiki/Carsten_Breuer
- [28] <https://www.wsws.org/de/articles/2024/02/13/krie-f13.html>
- [29] <https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/generalinspekteur-zur-zukunft-der-bundeswehr-5661520>
- [30] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-zweidrittelmehrheit-fuer-schuldenpaket-von-union-und-spd-a-adf4947e-9284-4c32-8eeb-f347de411f09>
- [31] <https://www.telepolis.de/features/Was-steckt-hinter-dem-Vorwurf-der-hybriden-Kriegfuehrung-Russlands-in-Europa-10329036.html>
- [32] <https://jacobin.de/artikel/merz-bundeswehr-aufruestung-russland-cdu-militaer-nato.sondervermoegeen>
- [33] [https://de.wikipedia.org/wiki/Oreschnik_\(Rakete\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Oreschnik_(Rakete))
- [34] <https://archive.ph/dw9EB>
- [35] <https://www.noz.de/deutschland-welt/expertentalk/artikel/ukraine-krieg-expertenstreit-um-russlands-bedrohung-europas-48452892>
- [36] <https://www.n-tv.de/politik/Schroeder-nennt-Bedrohung-durch-Russen-absurd-article24480672.html>
- [37] <https://www.youtube.com/watch?v=K95jR2xHKVk>
- [38] <https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Abschreckung-und-Sicherheit-Welche-Gefahr-ist-Russland-fuer-Europa-10317383.html>
- [39] <https://de.euronews.com/my-europe/2025/03/23/totale-geldverschwendung-italiens-ex-ministerprasident-conte-wettert-gegen-eu-aufruestungsp>
- [40] https://www.achgut.com/artikel/die_vollstaendige_muenchner_rede_von_jd_vance_auf_deutsch
- [41] <https://transition-news.org/das-andere-wort-zum-sonntag-oder-horen-statt-herrschen>
- [42] <http://www.exploration-production-services.de/de/o-offshore.html>

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die «mediale Massenverblödung» (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein «Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V.» dokumentiert: <https://publikumskonferenz.de/blog>

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/bedrohungsluegner-kriegsgurgeln-und-hirn-tot-schlaeger/>

Friedrich Merz und das Grosskapital – der BlackRock-Agent

von Uwe Froschauer/ Beitragsdatum: März 30, 2025

Wer vorschnell nach dem Motto «Etwas Besseres als die Ampel finden wir überall» handelte, und brav sein Kreuzchen für die CDU auf den Wahlzettel machte, hat seine Wahl eventuell schon jetzt bereut – noch vor dem Kanzleramtsantritt von Friedrich Merz. Selbst nach dem schwachen – jedoch wesentlich friedfertigeren – Ex-Kanzler Olaf Scholz ist Deutschland nicht davor gefeit, dass es weiter abwärts geht. Der Wendehalskanzler Friedrich Merz, der bereits kurz nach der Bundestagswahl 2025 seine zentralen Wahlversprechen brach – verschärfte Migrationspolitik und kein Lockern der Schuldenbremse –, könnte zu dem «schwarzen Felsen» werden, an dem Deutschland zerschellt.

Friedrich Merz, ein überzeugter Vertreter der schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus, hat für den aus den USA stammenden Vermögensverwalter BlackRock von Anfang 2016 bis 2020 als Aufsichtsratsvorsitzender von «BlackRock Deutschland» gearbeitet. Er ist der Liebling der Globalisten, da ihm das Kapital wesentlich nähersteht als das Volk, das er demnächst in Deutschland vertreten soll. Bereits jetzt zeichnet sich ab, in wessen Auftrag der Wählerbetrüger während seiner Kanzlerschaft arbeiten wird – im Auftrag des

Grosskapitals. Der mehrfache Millionär mit zwei Flugzeugen in der Garage setzt sich für eine vertiefte EU-Integration ein, ist Mitglied des Kuratoriums des meines Erachtens kriminellen Weltwirtschaftsforums (WEF), regelmässiger WEF-Teilnehmer in Davos, Teilnehmer der Treffen der Bilderberg-Gruppe im Jahr 2024 und so weiter und so fort. Ein erheblicher Teil des von Merz geforderten Sondervermögens in Höhe von 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur sowie die weitere Aufnahme von Schulden durch Lockerung der Schuldenbremse, die der Bundestag am 18. März 2025 beschlossen und der Bundesrat am 21. März freigegeben hat, wird in die Kassen des US-Finanzinvestors BlackRock fließen.

Der Finanzexperte Dirk Müller meinte zu Friedrich Merz Gesinnung:

«Friedrich Merz ist ohne Frage in höchstem Masse kompetent. Nur für wen macht er Politik? Für die breite Masse der Gesellschaft oder für die, für die er heute schon in höchsten Positionen die Lobbyarbeit macht?» Diese Frage ist bereits jetzt eindeutig zu beantworten.

Tätigkeit von Friedrich Merz vor seinem Wiedereintritt in die Politik

Die folgenden Inhalte wurden zum Teil einer Sendung von kla.tv entnommen.

1. Friedrich Merz und der Cum-Ex-Skandal

Im Jahr 2005 wurde Friedrich Merz Partner in der Rechtsanwaltskanzlei Mayer Brown, die sich unter anderem mit dem Cum-Ex-Skandal beschäftigte, in den auch der temporär-demente Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz involviert war. Der Cum-Ex-Skandal war ein sorgfältig durchdachtes Betrugsverfahren, der dem deutschen Staat Steuerausfälle in Höhe von mindestens 35 Milliarden Euro bescherte, die direkt in die Taschen der Konzerne flossen. Friedrich Merz war zu dieser Zeit auch Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzender des Verwaltungsrats der in den Skandal verwickelten Privatbank HSBC Trinkhaus & Burkhardt. In seiner Kontrollfunktion hätte Merz den Betrug auffliegen lassen können, was er aber nicht tat. Und warum war Merz untätig und schwieg?

Im Zentrum dieses Skandals stand die Hamburger Privatbank M.M. Warburg. Der Warburg-Clan gehört zu den mächtigsten und einflussreichsten Familien der Welt und pflegt enge Beziehungen zu den Rothschilds und Rockefellers. Eric Warburg war Mitbegründer der Atlantik Brücke und des American Council on Germany. Und wer sass im Kuratorium der Stiftung der Atlantik-Brücke, während Friedrich Merz zeitgleich Vorsitzender der Atlantikbrücke war? Max M. Warburg Junior, der Hauptgesellschafter der Privatbank M.M. Warburg & Co! Eine Krähe hackt der anderen nun mal kein Auge aus. Die beiden sassen sozusagen im gleichen Boot, was erklärt, warum Merz Warburg nicht auffliegen liess.

2. Friedrich Merz und internationale Konzerne

Friedrich Merz ist ein Hansdampf in allen Gassen. Das ist kein Nachteil, ganz im Gegenteil, so zeigt sich darin doch eine Form vielfältigen Schaffens und eines Aktivismus, die viele Zeitgenossen anscheinend verloren haben. Friedrich Merz hatte als Bundestagsabgeordneter bis zu 18 Nebenjobs gleichzeitig. Wie schafft man so etwas? Neben seinen Tätigkeiten als Anwalt war er für internationale Konzerne und Dax-Unternehmen tätig. Er sass in Aufsichtsräten, Beiräten und Verwaltungsräten, beispielsweise von der Commerzbank AG, IVG Immobilien AG, BASF Antwerpen, Deutsche Börse AG, Flughafen Köln Bonn GmbH, und verdiente 2018 mit solchen Nebentätigkeiten nach eigenen Aussagen rund eine Million Euro im Jahr – so nebenbei. Was für ihn und seinen angestrebten Job als Bundeskanzler möglicherweise noch wichtiger als der schnöde Mammon sein dürfte, sind seine mit den Nebenjobs geknüpften Verbindungen zu den Global Players dieser Welt, deren Interessen er als Bundeskanzler sicherlich zu vertreten weiss.

3. Friedrich Merz – der BlackRock-Agent

Friedrich Merz war in seiner Tätigkeit für BlackRock Deutschland wohl der bestbezahlte Lobbyist dieses weltweit grössten und mächtigsten Vermögensverwalters. Seine Lobbyfunktion hat er in meinen Augen nicht aufgegeben, und das wird vermutlich auch so bleiben.

Vorerst ein paar Hintergrundinformationen zu BlackRock:

BlackRock ist der grösste und einflussreichste Finanzinvestor und Vermögensverwalter weltweit. Das Unternehmen hat mehr Macht als jede Regierung. In Deutschland ist es an allen 40 Dax-Konzernen beteiligt und an insgesamt 18'000 Unternehmen weltweit. Zusammen mit dem Vermögensverwalter Vanguard hat dieses Konglomerat durch erhebliche Aktienanteile grossen Einfluss auf nahezu alle multinationalen Konzerne. BlackRock verwaltet private Vermögenswerte im Umfang von mehr als 11 Billionen US-Dollar, also elftausend Milliarden!

BlackRock hat weitreichende Kontakte in die Politik – so auch zum designierten Bundeskanzler Friedrich Merz. Selbstverständlich versuchte Merz die Einflussnahme von BlackRock auf die Geschicke der Unternehmen, an denen der Finanzverwalter beteiligt ist, herunterzuspielen. Er betonte öffentlich immer wieder, dass sich mit Beteiligungen von meist «nur» 3 bis 7 Prozent kein Unternehmen steuern liesse. An diesen Unternehmen sind jedoch – wie bereits erwähnt – auch andere grosse Finanzinvestoren wie Vanguard oder State Street beteiligt, an denen wiederum BlackRock beteiligt ist, und umgekehrt.

Selbstverständlich sprechen sich diese Finanzgiganten untereinander ab, um dann in einer konzertierten Aktion die Unternehmen möglichst auf ihre Spur zu bringen.

Weltweit beschäftigt BlackRock nur etwa 15'000 Spezialisten – bei 11,5 Billionen zu verwaltenden Dollars ein nahezu mickriger Personalbestand. Dieser geringe Personaleinsatz erklärt sich insbesondere dadurch, dass hauptsächlich superreiche Geldgeber bedient werden, denen BlackRock zwischen 6 und 12 Prozent Rendite verspricht, meist auch einhält und manchmal sogar übertrifft. Die durchschnittliche Rendite der letzten zehn Jahre liegt bei circa 10,5 Prozent. Diese im Vergleich zu anderen Anbietern meist höhere Performance zieht zweifellos Kunden an. Die Macht dieses Giganten wächst von Tag zu Tag, und damit auch der Reichtum und die Macht der Superreichen.

Da BlackRock an Unternehmen beteiligt ist, die miteinander in Konkurrenz stehen – wie zum Beispiel die Chemiekonzerne Bayer und BASF in Deutschland und das US-Unternehmen Monsanto, das von Bayer zu einem Preis von 66 Milliarden Dollar übernommen wurde –, entstehen ernstzunehmende volkswirtschaftliche Probleme wie Arbeitsplatzvernichtung, Preiserhöhungen, Monopolbildungen und die Ausschaltung von Wettbewerb. BlackRock trug 2018 entscheidend zur Fusion von Bayer und Monsanto bei, die den Abbau Tausender von Arbeitsplätzen in den USA und in Deutschland zur Folge hatte.

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wussten um die Gefahr der Machtkonzentration in Konzernen, die den Schutz sozial Schwächerer nicht mehr ausreichend gewährleistet und die Soziale Marktwirtschaft ins Wanken bringt.

Zudem hat BlackRock sehr viel Verständnis für «arme» steuerflüchtige Unternehmen wie Apple und Microsoft. BlackRock hilft solchen Unternehmen in ihrer «Not», was selbstverständlich auch wieder den Anlegern von BlackRock zugutekommt. Die Gelackmeierten sind der Staat und seine Steuerzahler, da weniger Mittel für notwendige Staatsausgaben zur Verfügung stehen.

Nachdem sich der wirtschaftsliberal eingestellte Bundestagsabgeordnete Friedrich Merz 2004 von der aktiven Politik – unter anderem wegen Querelen mit der CDU-Chefin Angela Merkel – verabschiedete, sprach er sich beispielsweise gegen Mindestlöhne, für eine Entmachtung der Gewerkschaften, für eine Privatisierung der Sozialversicherung sowie für eine Steuersenkung von Gutverdienern aus: Massnahmen, die Arbeitnehmern zum Nachteil gereichen. Öffentlich ist von Herrn Merz in dieser Richtung seit seinem Wiedereintritt in die aktive Politik kaum mehr etwas zu hören. Ich glaube jedoch nicht, dass sich seine Gesinnung geändert hat.

Sein Handeln als Kanzler wird von einem massiven Sozialabbau geprägt sein – selbst bei einer Koalition mit der SPD.

Die Sozialdemokraten sind für mich zwar schon lange keine «Arbeitnehmerpartei» mehr, dennoch werden sie versuchen, Friedrich Merz in seinem turbokapitalistischen Agieren ein wenig zu bremsen. Das wird die Koalition wahrscheinlich nicht aushalten und vermutlich zu ihrem frühzeitigen Ende führen.

Den Unternehmen und der Volkswirtschaft würde es unter Friedrich Merz vermutlich besser gehen, allerdings auf Kosten eines starken Sozialabbaus. Die Reichen werden noch reicher werden und die Armen noch ärmer. Das steht für mich ausser Frage.

BlackRock ist auch Kriegsprofiteur im Ukraine Konflikt. Zum einen profitiert der Finanzverwalter von den enormen Kursgewinnen der Rüstungsindustrie – der Finanzverwalter ist an Unternehmen wie Boeing, Lockheed Martin, Airbus und Rheinmetall beteiligt, die unmittelbar von Waffenlieferungen an die Ukraine profitieren –, zum anderen wird er zusammen mit der Bank J.P. Morgan – an der BlackRock selbstverständlich beteiligt ist – zu einem grossen Teil den Wiederaufbau der Ukraine finanzieren. BlackRock ist seit Ende 2022 der offizielle Koordinator des Wiederaufbaus in der Ukraine.

J.P. Morgan liess bereits 2019 der Ukraine erhebliche Summen durch den Ankauf von Eurobonds, eine Form von Staatsanleihen, die durch staatliche Vermögenswerte wie Infrastruktureinrichtungen, Kernkraftwerke, Wärmekraftwerke sowie industrielle und landwirtschaftliche Betriebe real gesichert sind. Wohlwissend, dass die Ukraine die hierfür notwendigen Rückzahlungen in Zukunft nicht leisten wird, «begnügen» sich die in Goldgräberstimmung befindlichen Aasgeier auch mit Naturalien in Form von Abbaulizenzen von Seltenen Erden oder der Genehmigung ausländischer Militärstützpunkte sowie mit dem Kauf von Agrarflächen.

Die auf 10 bis 12 Billionen Dollar geschätzten Rohstoffvorkommen der von Russland besetzten Ostukraine würden sich die im Hintergrund agierenden, in Unternehmen wie BlackRock und Vanguard investierten Macht- und Besitzeliten auch noch gerne einverleiben.

Die Ukraine wird zudem «die Kornkammer Europas» genannt. Kaum ein Land hat so fruchtbare Böden wie die Ukraine. Oligarchen und Agrarkonzerne haben sich riesige Flächen angeeignet. Kleinbauern in der Ukraine verarmen zunehmend. Der Studie «Krieg und Diebstahl» des kalifornischen Oakland Institute, eines Thinktanks für Nahrungssicherheit und Landaneignungen zufolge, befinden sich bereits mehrere Millionen Hektar fruchtbares Ackerland in den Händen von einem Dutzend grosser, vornehmlich westlicher Agrarunternehmen. Auch deutsche Unternehmen wie die Firma Bayer sind in der Ukraine investiert.

Um das geht es in der Ukraine: Um Macht und Besitz – und nicht um Demokratie, wie vielleicht einige leicht verführbare Gutmenschen glauben mögen, weil es ihnen Kriegstreiber und Kriegsprofiteure wie Friedrich Merz einreden.

Deswegen fordert dieser gewissenlose Kriegstreiber auch die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern ohne jede Reichweitenbegrenzung. Dass er mit solchen Forderungen und bei deren Umsetzung eine Eskalation

dieses Krieges riskiert sowie eine weitere finanzielle und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands billigend in Kauf nimmt, geht dem Wahlbetrugskanzler am Allerwertesten vorbei. Dass bei anhaltenden Waffenlieferungen für die Rüstungskonzerne und die Finanzmafia – insbesondere BlackRock – der Rubel rollt, dürfte ihn dagegen eher fröhlich stimmen – deswegen fordert er es ja auch.

Auch wenn Friedrich Merz mit seinem Wiedereinstieg in die deutsche Politik und seiner Kandidatur als Parteivorsitzender der CDU offiziell seine Tätigkeit bei BlackRock beendete, wird er als Bundeskanzler Frontmann von BlackRock bleiben, egal was er erzählen mag.

4. Weitere Mitgliedschaften und Verstrickungen von Friedrich Merz

Der designierte Bundeskanzler war 10 Jahre lang – bis 2019 – Vorsitzender des elitären Klubs «Atlantik-Brücke», dem unter anderem auch Ex-Kanzlerin Merkel und Ex-Finanzminister Christian Lindner angehören. Der als gemeinnützig anerkannte Verein wurde 1952 mit dem offiziellen Ziel gegründet, eine politische Brücke zwischen den USA und Deutschland zu schlagen. Rund 500 führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft zählen zu den Mitgliedern.

Der Einfluss der Gruppe «Atlantik-Brücke» auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit ist gross. Deutschland fühlte sich – zumindest bis zur erneuten Wahl von Donald Trump – dem «grossen Bruder» USA verpflichtet, selbst wenn dieser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die – im Vorfeld von den USA angedeutete, von Pulitzerpreisträger Seymour Hersh seriös recherchierte und von US-Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy Jr. im März 2024 im Bundesfernsehen kundgegebene – Sprengung der Nord-Stream-Pipelines zu verantworten hat. Dieser Terrorakt käme einer Kriegserklärung gleich – es sei denn, er wurde eben vom grossen Bruder verübt, der in Deutschland Narrenfreiheit genießt. Die USA haben keine Freunde, sondern verfolgen lediglich ihre Interessen.

Seit der Präsidentschaft von Donald Trump, der Deutschland nicht besonders mag, ist das Verhältnis zu den USA «ein wenig» eingetrübt. Die transatlantische Brücke wird langsam baufällig. Na sowas! Möglicherweise nimmt es Trump den Deutschen auch übel, dass sie lautstark die Demokraten unterstützt haben und kein gutes Haar an ihm liessen.

Da kommt doch dieser Trump daher, will tatsächlich Frieden und BlackRock und Konsorten das renditestarke Kriegsgeschäft in der Ukraine versauen, das schon mehr als 500'000 Tote gekostet hat. Okay Kollateralschäden, Hauptsache der Euro rollt, oder, ihr gewissenlosen Kriegstreiber?

Friedrich Merz ist auch Mitglied der Trilateralen Kommission. Diese ist neben dem Council on Foreign Relations (CFR) eine der mächtigsten Denkfabriken der globalen Finanzmafia und wurde von Zbigniew Brzezinski, David Rockefeller und Jimmy Carter 1973 gegründet. Die Macht dieses Thinktanks sei an einem Beispiel kurz dargestellt:

Am 20. Januar 1977 wurde Jimmy Carter Junior als der 39. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Alle Amtsinhaber in seinem Kabinett, ausser einem, waren Mitglieder in der Trilateralen Kommission. Ziel dieser Institution ist die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nordamerika, Westeuropa und Japan. Das Hauptaugenmerk der Trilateralen Kommission liegt auf der praktischen Eingliederung eigener Mitglieder in die Regierungen der wichtigsten Industrienationen.

Ebenso haben die aus der WEF-Schmiede stammenden «Young Global Leaders» die Kabinette der westlichen Regierungen unterwandert – allesamt Kriegstreiber, wie zum Beispiel Annalena Baerbock, Robert Habeck, Emmanuel Macron oder Justin Trudeau. Ist doch auch verständlich, zumal der Krieg die Eliten, die von diesen Bellizisten vertreten werden, noch reicher macht. Das Volk, das mit Steuern oder Blutzoll zahlt, interessiert niemanden.

Im Klartext bedeutet das, dass insbesondere die westlichen Regierungen stark unterminiert sind von Mitgliedern der Trilateralen Kommission und des WEF, anderen NGOs und Lobbyisten. Mit echter Demokratie hat das nichts mehr zu tun, sehr wohl jedoch mit der US-amerikanisch geprägten repräsentativen Demokratie, die von Anfang an nur ausgesuchte Elitenvertreter dem Volk zur Wahl stellte, sodass diesem lediglich die Wahl zwischen Pest und Cholera bleibt.

Friedrich Merz nahm im Jahr 2024 an der Bilderberg Konferenz teil. Kurz darauf setzte er sich als Kanzlerkandidat der Union durch. Äusserst aufschlussreich, oder?

Die Spitzenpositionen von Friedrich Merz bei den genannten Institutionen lassen vermuten, dass Merz nicht nur Wasserträger dieser Globalisten ist, sondern selbst eine wichtige Rolle in diesem mafiös anmutenden System spielt. Er scheint der auserkorene Vertreter der Finanzmafia in Deutschland zu sein, der in seiner Funktion als Bundeskanzler in erster Linie die Interessen der Macht- und Besitzeliten und nicht die des deutschen Volkes vertreten wird.

Was ist von Friedrich Merz als Bundeskanzler zu erwarten?

Der Finanzexperte Ernst Wolff beantwortet diese Frage kurz und bündig:

«Der kommt ja direkt aus dem Hause BlackRock. Also Black Rock übernimmt mehr oder weniger die deutsche Politik. Das steht völlig ausser Frage.»

Alles spricht für diese Beurteilung von Friedrich Merz, seine Verstrickungen mit der Finanzmafia, seine vehemente Vertretung einer Eskalation des Ukraine-Krieges sowie seine Aussagen und Vorschläge für den Sozialabbau.

Folgende Sätze von Friedrich Merz klingen noch in meinen Ohren. In seiner Rede beim CSU-Parteitag am 12. Oktober 2024 sagte er:

«Auf den deutschen Konten, Sparkonten und laufenden Girokonten liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich mal einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur 10 Prozent zu mobilisieren – mit einem vernünftigen Zinssatz, für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland, für den Ausbau dessen, was wir in der Bildung im öffentlichen Sektor in der gesamten Infrastruktur unseres Landes brauchen. Es fehlt uns nicht an Kapital, es fehlt uns an den vernünftigen Instrumenten, dieses Kapital so zu mobilisieren.»

Warum will Merz an die Guthaben der «kleinen» Leute ran? Warum nicht an das immense Kapital der Superreichen, das diese nicht ausschliesslich durch eigene Arbeit erwirtschaftet, sondern anderen weggenommen haben? Oder glauben Sie, wer te Leserinnen und Leser, Sie würden es mit Ihrer ehrlichen Arbeit schaffen, auch nur eine oder gar zwei Millionen – geschweige denn Milliarden – zur Seite zu legen?

Um die durch die Coronapandemie verursachten finanziellen Belastungen zu bewältigen, kam auch eine Vermögensabgabe der Reichen ins Gespräch. Dieser widersprach Friedrich Merz jedoch vehement und forderte stattdessen, alle staatlichen Leistungen von Bund Ländern und Gemeinden inklusive sozialer Transferleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Bildung und Betreuung der Bürger dürfte man nicht länger als selbstverständliche Angebote des Staates ansehen, meinte Merz.

Wirtschaftliche Folgen des Schuldenwahnsinns

Das Verhalten von Friedrich Merz erinnert ein wenig an die Beschreibungen aus dem Buch «Bekenntnisse eines Economic Hit Man» («ökonomischer Auftragskiller») von John Perkins, in dem der Autor berichtet, wie er in seiner Funktion als «Economic Hit Man» im Auftrag der US-Geheimdienstbehörden und der multinationalen Konzerne ausländische Staatsoberhäupter dazu verleitet und gegebenenfalls erpresst hat, der US-Aussenpolitik zu dienen und der US-Wirtschaft lukrative Aufträge zu verschaffen.

Vornehmlich sei es darum gegangen, Staaten höhere US-amerikanische Kredite zu verschaffen, als diesen wirtschaftlich guttat. Durch deren provozierte Zahlungsunfähigkeit sicherte sich die USA die Ausplünderung des wirtschaftlich zerstörten Landes, das daraufhin für Schleuderpreise beispielsweise Rohstoffe und Infrastrukturunternehmen verkaufen musste.

Der Finanzverwalter BlackRock, für den Friedrich Merz fünf Jahre gearbeitet hat, setzt in der Ukraine exakt auf dieses Szenario. Der Ausverkauf der Ukraine hat begonnen.

Die enorme Schuldenaufnahme in Form von Sondervermögen für die Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden sowie die gelockerte Schuldenbremse, die vermutlich noch zu einer wesentlich höheren Schuldenaufnahme führen wird, könnte die BRD in Zahlungsschwierigkeiten bringen. Noch verfügt Deutschland mit dem Triple-A-Rating (AAA, die höchste Stufe, steht für «zuverlässiger und stabiler Schuldner») über eine optimale Bewertung im Länderrating. Einem hochverschuldeten Land traut man jedoch nicht über den Weg, was zu einer Herabstufung der Bewertung führen könnte, und Zinserhöhungen für Kredite nach sich ziehen würde.

Vorarbeit für die wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands durch Friedrich Merz haben die ehemaligen «Spitzen» der Grünen, Robert Habeck und Annalena Baerbock – die der Volkswirtschaftsprofessor Christian Kreiss treffend als «Auftragskiller der deutschen Industrie» bezeichnet hat – bereits geleistet. Das mag vielleicht auch ein Grund dafür gewesen sein, dass Friedrich Merz eine Zeitlang mit den Grünen liebäugelte.

Dass die Grundsatzabteilung des noch grünen Wirtschaftsministeriums von Elga Bartsch – die zuvor als Europa-Chefvolkswirtin bei der Investmentbank Morgan Stanley beschäftigt, und zuletzt beim Thinktank von BlackRock war – seit Januar 2023 geleitet wird, begrüßte BlackRock-Agent Merz sehr. Laut einem Bericht des Spiegel vom 18. November 2022 war aus dem Umfeld von Merz zu vernehmen, dass dieser Bartsch sehr schätze und es für eine gute Entscheidung von Minister Robert Habeck halte, die Volkswirtin in sein Team aufzunehmen.

Die Finanzmärkte reagierten bereits erheblich auf das zu erwartende Sondervermögen und die Schuldenpolitik der künftigen Bundesregierung unter Friedrich Merz mit steigenden Zinsen für Kredite. Bereits mit der Ankündigung des 500 Milliarden Sondervermögens für die Infrastruktur für die kommenden Jahre kletterte der Bauzins mit einer Sollfristbindung von zehn Jahren im Durchschnitt von 3,16 Prozent im Januar 2025 auf 3,5 Prozent im Februar. Häuslebauer werden sich freuen. Der Anstieg der Bauzinsen ist schon mal ein Vorgeschmack auf die weitere Entwicklung der Finanzpolitik von CDU und SPD.

Wer glaubt, mit dieser grössten Schuldenaufnahme in der Geschichte der BRD hätte der Lügenbold Friedrich Merz schon genug Schaden angerichtet, der hat sich geirrt. Vera Lengsfeld äusserte sich am 15. März 2025 auf ihrer Seite wie folgt:

«Nachdem unser Möchtegern-Kanzler Merz die grösste Schuldenorgie seit Bestehen der Bundesrepublik eingeleitet hat und mit den Grünen die Deindustrialisierung Deutschlands ins Grundgesetz schreiben will, lässt er die Öffentlichkeit sogleich wissen, dass dies nicht das Ende der von ihm geplanten Grausamkeiten

ist. Umgehend hat seine Propagandaabteilung einen Tweet auf X veröffentlicht, in dem steht, Deutschland habe nach Einigung mit SPD und Grünen Spielräume für Investitionen und Infrastruktur. Und dann kommt der Hammer:

«Wichtig wird für uns dabei sein, dass wir privates Kapital mobilisieren. 500 Milliarden Euro für 12 Jahre klingt sehr viel, ist aber bei Weitem nicht das, was wir für unsere Infrastruktur wirklich brauchen», betont Friedrich Merz.

Aus den Kommentaren geht hervor, dass kaum jemand bereit sein wird, sein Geld Merz zur Verfügung zu stellen. Das weiss Merz auch. Unter den «Instrumenten», um zu «mobilisieren», scheint er eher eine Art Zwangsanleihen zu verstehen – mit einem «vernünftigen Zinssatz». Es betrifft nicht nur Spar-, sondern auch Girokonten. Es ist wirklich ernst, denn EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat vor wenigen Tagen verkündet, dass die EU Gleiches vorhat und innerhalb eines Monats eine Gesetzesinitiative vorlegen will.

Hier die Beweise: Siehe dazu den Post der CDU auf X.»

Der nicht-integren EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen – ebenfalls von der CDU – reicht auf europäischer Ebene dieser Schuldenwahnsinn noch nicht. Wahrscheinlich haben sich die beiden Totengräber der europäischen Wirtschaft und leidenschaftlichen Kriegstreiber abgesprochen, wie ihre Auftraggeber – die Finanzmafia – noch mehr Geld verdienen können. Die Schuldenspirale und Geldmaschine für die Eliten drehen sich weiter.

In Brüssel wird «befürchtet», dass durch die massive Schuldenaufnahme durch CDU und SPD für die Sanierung der Infrastruktur folgeschwere Wettbewerbsvorteile für Deutschland entstehen könnten, da anderen, bereits stark verschuldeten europäischen Staaten wie Italien und Griechenland das Geld für derartige Förderprogramme fehlen würde.

Die EU könnte deshalb das alte Thema, auf gemeinsame Schulden im Euroraum zurückgreifen, wieder zur Diskussion stellen. Zu diesem Zweck könnten umstrittene EU-Staatsanleihen, sogenannte Eurobonds, an die Finanzmärkte gebracht werden, für die dann alle EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam haften würden. Die Eurobonds würden die Zinsen für Kredite und Häuslebauer aller EU-Bürger und auch die Inflation in der Eurozone weiter und immens nach oben treiben.

Die Besitz-Eliten können sich auf weitere Milliarden von der EU freuen. Wer gesetzten Falles wieder der Hauptbetroffene wäre, dürfte klar sein: Der deutsche Steuerzahler! Die – vermutlich geplante – wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands und die Enteignung seiner Bürger schreitet voran.

Fazit

Deutschland befindet sich unter der Führung von Friedrich Merz fest im Griff der Finanzmafia. Deutschland geht mit grossen Schritten dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund entgegen. Weder die Leitmedien, noch die Unternehmen, noch die Gewerkschaften prangern die offensichtlichen Gründe für den Niedergang Deutschlands angemessen an. Das lässt vermuten, dass zumindest deren Spitzenfunktionäre Teil des Problems sind. Nicht nur Politiker, sondern auch viele führende Köpfe deutscher Konzerne und Unternehmen sowie Chefredakteure diverser Leitmedien sind Mitglieder der Atlantik-Brücke. Daher stellt sich die Frage, ob diese Protagonisten wirklich die Interessen Deutschlands oder nicht vielmehr die der Eliten der USA durchsetzen.

Die deutsche Staatsverschuldung ist in Coronazeiten innerhalb von nur 4 Jahren um über 30 Prozent auf mehr als 2,5 Billionen Euro angestiegen. Durch die Aufnahme des Sondervermögens in Höhe von 500 Milliarden für die Infrastruktur und weitere Schuldenaufnahmen durch die Lockerung der Schuldenbremse steigt die Verschuldung nochmals enorm an. Die aktuell einbrechende Konjunktur, der zunehmend prekäre Staatshaushalt infolge sinkender Steuereinnahmen sowie zunehmender Staatsausgaben für den Ukraine-Krieg und die weiterhin ins Land strömenden Migranten könnten den Schuldenberg weiter anwachsen lassen. Meine düstere Prognose, wenn den rot-grün-schwarzen Auftragskillern der deutschen Wirtschaft nicht Einhalt geboten wird: Deutschland wird zum Armenhaus!

Quelle: <https://wassersaege.com/blogbeitraege/friedrich-merz-und-das-grosskapital-der-blackrock-agent/>

«Europa ist in einem grauenhaften Zustand»

Der langjährige hochrangige UNO-Diplomat und OSZE-Mitarbeiter Michael von der Schulenburg sitzt heute für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im EU-Parlament. Was er dort erlebt, erschreckt ihn. Das begründet er im Interview ebenso wie seine Sicht auf den Ukraine-Krieg und dessen Lösung sowie die Rolle der EU in der Welt. Mit ihm sprach ÉVA PÉLI.

Von MICHAEL VON DER SCHULENBURG | Veröffentlicht am 27.03.2025 in: EU-Politik



Europa Flagge, Foto: Chickenonline; Quelle: Pixabay; Lizenz, Mehr Infos

HINTERGRUND Sie waren als Diplomat der UNO weltweit unterwegs, um Konflikte zu lösen. Eigentlich könnten Sie sich zur Ruhe setzen und ein Buch schreiben, wie es andere Diplomaten tun. Warum haben Sie sich nun als Abgeordneter des BSW in die konfliktbeladene EU-Politik begeben?

MICHAEL VON DER SCHULENBURG Ja, das frage ich mich auch, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich war ja seit 1978 nicht mehr in Deutschland. Jetzt komme ich zurück und sehe ein Europa, das völlig auf dem falschen Weg ist. Ich bin pro-europäisch, habe gar keine radikalen Ideen. Ich bin wahrscheinlich sogar eher konservativ. Ich sehe aber, dass wir so auf dem Kriegspfad sind, und da denke ich, vielleicht werde ich da doch gebraucht als jemand, der so viel Erfahrung mit Kriegen hat. Sahra Wagenknecht hat mich eines Tages angerufen und gefragt, ob ich nicht ins Parlament gehe, mit meiner Erfahrung in Krieg und Frieden und mit internationalem Recht. Bei den Themen bin ich wahrscheinlich auch der Erfahrenste im Parlament. Aber das bedeutet nicht, dass sie mir deswegen zuhören. Sie wissen ja alles besser.

Ich bin sehr beunruhigt, was aus Europa, was aus Deutschland heraus passiert. Die Konsequenzen dieser Politik werden wir in diesem und im nächsten Jahr spüren, und die werden hart sein für uns. Vielleicht kann ich da noch einen kleinen Beitrag leisten für eine andere Politik.

HINTERGRUND Sie haben im Auftrag der UNO versucht, Konflikte zu lösen. Die EU, das mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete «Friedensprojekt», scheint nur Konflikte zu schüren. Wie gehen Sie damit um, und was nutzt Ihnen Ihre Erfahrung als Vermittler?

SCHULENBURG Da muss ich noch ein bisschen älter werden, um darüber nachzudenken, ob mir das was nutzt oder nicht. Bis jetzt hat es mir nicht so viel genutzt. Wenn ich im Parlament rede, da kommen ständig Zwischenrufe, dass ich mich schämen sollte, dass meine Familie sich für mich schämen sollte und solche Sachen. Dabei sage ich im Parlament, was wir immer in der UNO sagen, wenn man in Kriegsländer kommt: Zum Beispiel sage ich, dass der Waffenstillstand für die Ukraine besser wäre, weil sie sonst zusammenbricht und noch mehr Territorium verliert. Ich will ja, dass die Ukraine überlebt. Aber das wird schon als Verrat gesehen. Das ist ziemlich erschreckend, muss ich sagen.

Dieses EU-Parlament erschreckt mich regelrecht – und ich habe 30 Jahre in Kriegsländern gelebt! Das liegt daran, dass dort Menschen sind, die sehr hoch bezahlt sind. Ein EU-Parlamentarier bekommt sehr viel Geld. Das ist gerade auch noch erhöht worden.

Wir, die EU-Abgeordneten, haben keinen Sohn, der im Krieg ist. Wir haben keine Tochter, die vergewaltigt wird. Wir haben keine Häuser, die zerstört werden. Wir müssen unser Land nicht verlassen. Wir spüren die Inflation infolge des Krieges auch so gut wie gar nicht. Und da ist ein Parlament voller Leute, die immer weiter auffordern, dass die Ukrainer weiter Krieg führen müssen. Und wir schämen uns gar nicht. Ich denke, das ist fast ein Kriegsverbrechen, was das EU-Parlament da macht. Und wenn ich diese Resolutionen sehe, die das Parlament macht, die zum Teil 13 Seiten lang sind, wo das Wort Verhandlungen und das Wort Diplomatie nicht ein einziges Mal vorkommen. Was das Parlament da macht, ist ein Bruch des Völkerrechts, der UN-Charta. Mit der UN-Charta haben alle Länder sich verpflichtet, Kriege durch Verhandlung zu verhindern, oder wo sie entstehen, durch Verhandlungen so schnell wie möglich zu beenden. Wir tun das aber nicht, so haben wir auch den gesamten Süden verloren. Der Süden sieht: Das ist unser Krieg und nicht Putins Krieg. Das darf man nicht vergessen, immerhin sind die 90 Prozent der Weltbevölkerung. Das ist ein Machtfaktor, den wir völlig übersehen.

HINTERGRUND Was ist gefährlicher: Mit den Taliban zu reden oder mit EU-Politikern?

SCHULENBURG Das sind so Fangfragen. Ich habe ja mit den Taliban verhandelt und bin einer der ganz wenigen, die auch Mullah Omar kennengelernt haben. Im Allgemeinen bin ich viel durch Afghanistan gereist. Ich kenne fast alle dieser Präsidenten, die Mujaheddin-Kommandanten. Von Deutschen bin ich nie danach gefragt worden, obwohl ich wahrscheinlich mehr Kenntnisse in Afghanistan habe als einer von denen. Aber ich muss sagen, die Afghanen, dazu gehören auch die Taliban, sind ausgesprochen wortgetreu.

Wenn man mit ihnen etwas verabredet – das wird ja nie aufgeschrieben, da gibt es auch keinen Handschlag –, dann wird das genau so gemacht.

Ich habe zum Beispiel einmal mit ihnen Gespräche geführt, um 40 Geiseln rauszuholen. An dem Tag, an dem wir sie abholen sollten, waren sie alle da, wir haben sogar die Autos herausbekommen. Was miteinander abgemacht wird in Afghanistan, das wird gemacht. Deswegen kommen die mit uns nicht zurecht, weil wir unsere Verträge nie einhalten, wir ändern die immer wieder.

Der Abzug der US-Amerikaner war zwischen Trump und den Taliban verabredet. Als Biden an die Macht kam, hat er den Vertrag sofort gebrochen und gesagt, sie bleiben länger, weil er noch andere Bedingungen verhandeln wollte. Und hat natürlich nichts bekommen. Das werden wir nicht verstehen. Diese Leute sind doch ziemlich vertragstreu. Natürlich müssen wir mit denen reden, und es war einfach, mit ihnen zu reden. Wenn ich dagegen die Sprache höre, die man im EU-Parlament benutzt, dann denke ich, das ist schlimmer als im Iran-Irak-Krieg. Wir denken immer, wir in Europa sind der Höhepunkt der Zivilisation. Hören Sie sich mal die Sprache an, gucken Sie sich mal diese Resolutionen des EU-Parlaments an, wie die geschrieben sind. Das habe ich nicht mal im Iran-Irak-Krieg erlebt, wo wahrscheinlich eine Million Menschen umgekommen sind. Zwischen den beiden Ländern hat es immer eine Verbindung gegeben, die wurde durch die UNO aufrechterhalten. Das geht ja nur, wenn beide Seiten darauf eingehen. Hier gibt es das gar nicht. Die Europäer denken, sie sind so stark – was sie gar nicht sind –, dass sie das gar nicht brauchen. Es gibt keine Verbindung zwischen den Europäern und den Russen während des Krieges. Wir machen es also viel schlimmer als diese Länder, denen gegen- über wir uns überheblich verhalten. Das ist eine Überheblichkeit, die im Grunde genommen unberechtigt ist.

HINTERGRUND Ein wichtiges Thema ist und bleibt der Ukraine-Krieg. Warum hat die EU nicht eine Initiative für Frieden angestoßen? Und welche Chancen für einen Frieden sehen Sie?

SCHULENBURG Ich habe keine Ahnung, warum die EU das nicht macht. Ich halte es für eine irrationale Politik. Man kann auch fragen, warum die EU sich so irrational, fast kopflos verhält, denn die Realität ist eine andere. Beantworten kann ich es nicht. Es ist mir unverständlich.

Chancen für den Frieden sehe ich überhaupt keine. Ich sehe eine Chance für einen Waffenstillstand. Ein Waffenstillstand ist kein Frieden. Und den werden die US-Amerikaner und die Russen miteinander aushandeln. Wobei die EU, die grösste Staatengemeinschaft auf dem europäischen Kontinent, bei dem Krieg auf demselben europäischen Kontinent überhaupt keine Rolle spielen wird. Es ist unsere eigene Schuld, wie wir uns aufstellen. Eine EU-Aussenbeauftragte Kallas wird nicht eingeladen werden, um irgendwelche Waffenstillstandsverhandlungen mitzumachen. Das bedeutet im Grunde genommen, dass die zukünftige Sicherheitsarchitektur in Europa von US-Amerikanern und Russen entschieden wird und nicht mehr von uns. Es ist also eine so bodenlose Dummheit, ja fast ein Verbrechen an den Bürgern, dass wir uns nicht darum bemühen zu sagen, was soll eigentlich dabei rauskommen zum Schluss.

Das Problem in der internationalen Politik ist anders als bei einem Ehekonflikt. Bei einem Ehekonflikt kann man sagen: Du gehst nach Hamburg und ich bleibe in München. Doch die Russen werden immer unsere Nachbarn sein, Belarus wird immer unser Nachbar sein und so weiter. Da müssen wir irgendwie miteinander auskommen. Aber wir sind selbst so überheblich mit dieser dummen Geschichte, mit diesem Vorwurf des «völkerrechtswidrigen Angriffskrieges» und Ähnlichem, das wir uns im Grunde genommen ausgeschlossen haben von allen Verhandlungen.

HINTERGRUND Sie hatten in einem Vortrag bei der «Eurasien Gesellschaft» gesagt, dass Sie das völlig anders sehen mit dem Völkerrecht und dem russischen Vorgehen in der Ukraine, als das in den Medien dargestellt wird. Wie sehen Sie das?

SCHULENBURG Wenn wir sagen, es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, dann beziehen wir uns auf die UNO-Charta. Der Westen, der also viel mehr in anderen Ländern illegal eingegriffen hat, kümmert sich plötzlich um die UNO-Charta. Aber diese ist ein bisschen komplizierter, intelligenter als das. Die Idee in der Charta ist, dass es weiterhin Konflikte zwischen Staaten gibt wegen unterschiedlicher Interessen, die traditionell oft zu Kriegen geführt haben. Wir haben uns mit der Charta darauf geeinigt, dass wir so lange verhandeln, bis wir Kriege verhindern. Es besteht die Verpflichtung, miteinander zu verhandeln, weil der eine das anders sieht als der andere. Das ist ein Junktim für keinen Krieg machen. Das gehört doch zusammen.

Wir sehen jetzt nur noch die eine Seite, aber vergessen die andere Seite. Wir haben ja keine Verhandlungen geführt. Wir haben das abgelehnt, nicht nur seit Dezember 2021, auch schon vorher. Wir hätten das alles immer verhandeln können, und wir hätten eine diplomatische Lösung finden können. Dieser Krieg, genau wie Trump das jetzt sagt, war verhinderbar. Das ist sehr interessant, dass Trump das jetzt sagt.

Jetzt führen wir diesen Krieg und haben im Grunde genommen damit die Ukraine zerschlagen. Die Ukrainer sind das am meisten betrogene Volk in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Das ist ein betrogenes Volk, das einen Blutzoll gezahlt hat für etwas, für das es gar nichts bekommen hat. Das ist unglaublich. Das wird ja noch schlimmer werden, weil sie nicht Mitglied der EU und nicht der NATO werden und wahrscheinlich auch kein Geld kriegen für den Wiederaufbau.

HINTERGRUND Es gibt ja noch die Möglichkeit für die Rest-Ukraine als EU-Protectorat, wie der Kosovo.

SCHULENBURG Natürlich gibt es die. Aber ob das der Rest-Ukraine wirklich hilft? Wir dürfen nicht vergessen, dass die Waffenlieferungen der Amerikaner meistens Kredite waren. Das, was die EU gibt, Kredite sind. Wir versprechen ihnen, dass sie es zurückzahlen können mit irgendwelchen russischen Geldern. Was wahrscheinlich gar nicht passieren wird, da die Amerikaner nicht mehr mitmachen. Die Briten machen nicht mit, die Schweizer machen nicht mit. Nur diese unglaublich dumme EU denkt, das können sie machen. Es ist unglaublich, aber die Ukrainer werden am Ende die Betrogenen sein.

HINTERGRUND Ein anderer gefährlicher Konflikt über die betroffene Region hinaus ist der Krieg im Nahen Osten. Was könnte die EU tun, um den Vernichtungskrieg Israels gegen die Palästinenser sowie die Angriffe Israels auf Nachbarländer wie den Libanon und Syrien zu stoppen und einen Krieg gegen den Iran zu verhindern?

SCHULENBURG Wahrscheinlich überhaupt nichts. Wir haben ja auch beim Ukraine-Krieg nichts machen können. Wir sind doch nur mit uns selbst beschäftigt. Erst mal würde ich sagen: Was sollen wir mit den ganzen Waffenlieferungen nach Israel, vor allen Dingen von Deutschland, ist ja auch ein EU-Land? Mit diesen Waffen wird doch der Krieg geführt. Sollten wir vielleicht das erst mal stoppen, tun wir aber nicht. Wir haben uns nicht einmal in der EU durchgerungen, Israel zu verurteilen. Die Glaubwürdigkeit der EU hat dadurch international unglaublich gelitten.

Ich denke schon, als Deutsche müssen wir uns immer ein bisschen zurückhalten. Aber da passieren doch fürchterliche Sachen. Meiner Ansicht nach hat Israel den Krieg verloren – zu einem enormen Preis. Ein Krieg ist militärisch nicht zu gewinnen. Letztlich gewinnt man ihn nur, wenn man den Frieden erreichen kann. Den werden sie nicht erreichen. Ich glaube, in Israel verstehen das schon sehr viele, auch in der Armee, wenn Soldaten nicht mehr nach Gaza gehen wollen. Sie haben natürlich immer dieses Problem, dass sie sich angegriffen fühlen, aber den meisten ist auch klar: Was da passiert, ist nicht richtig.

Das vollständige Interview lesen Sie in der aktuellen Ausgabe 3/4, 2025 unseres Magazins, das im Bahnhofsbuchhandel, im gut sortierten Zeitungsschriftenhandel und in ausgewählten Lebensmittelgeschäften erhältlich ist. Sie können das Heft auch auf dieser Website (Abo oder Einzelheft) bestellen.

MICHAEL VON DER SCHULENBURG ist ehemaliger hochrangiger UN-Diplomat und OSZE-Mitarbeiter und heute BSW-Abgeordneter im EU-Parlament. Zuvor war er bei den Vereinten Nationen im Rang eines UN Assistant Secretary General tätig. Er arbeitete über 34 Jahre in Friedens- und Entwicklungsmissionen der Vereinten Nationen und kurz der OSZE in vielen Ländern. Seit 1992 war er in leitender Funktion dieser Friedensmissionen, so in Haiti, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak und Sierra Leone sowie kürzere Einsätze in Syrien, in Somalia, auf dem Balkan, in der Sahelzone und in Zentralasien. 2017 erschien von ihm «On Building Peace – Rescuing the Nation-State and Saving the United Nations» (Amsterdam University Press).

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/politik-eu/europa-ist-in-einem-grauenhaften-zustand/>

Ohne Russland kein Frieden in Europa

Der Osteuropa-Experte Alexander Rahr stellt fest, dass Deutschland in der Welt und Europa nicht mehr die erste Geige spielt. Im Interview erklärt er, was er von dem Amtseintritt von Donald Trump und der neuen Regierung Deutschlands erwartet, wie er die Chancen auf einen Frieden in der Ukraine einschätzt und wie eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung einschliesslich Russlands möglich sein könnte. Mit Alexander Rahr sprach ÉVA PÉLI.

Von ÉVA PÉLI | Veröffentlicht am 22.03.2025 in: EU-Politik



Wladimir Putin – Foto: Tim Reckmann; Quelle: CCNull; Lizenz: CC-BY-NC 2.0, Mehr Infos

HINTERGRUND Donald Trump ist erneut als US-Präsident vereidigt worden. Er hat ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine angekündigt. Was erwarten Sie von ihm in dem Zusammenhang?

ALEXANDER RAHR Ich denke, eine seiner ersten Betätigungen im Amt des US-Präsidenten wird sein, ernsthaft zu versuchen, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Warum? Die US-Amerikaner stellen sich auf einen langjährigen, sehr schwierigen und vielleicht hochgefährlichen Konflikt mit China ein. Die Chinesen sind die wahren Konkurrenten der USA, nicht die Russen. Russland wird eine militärische Supermacht bleiben, aber wirtschaftlich wird es die Vereinigten Staaten nicht herausfordern können, China schon.

Bei Trump zeigt sich etwas, was aus meiner Sicht sehr positiv ist: Er ist kein Werte-Politiker, sondern Realist. Er sagt, der US-amerikanische Wohlstand darf nicht leiden. Dieser Krieg in der Ukraine geht uns nichts an, es ist ein lokaler europäischer Krieg. Er geht, anders als in Europa, nicht davon aus, dass die Russen Europa angreifen wollen. Deshalb müsse der Krieg beendet werden, weil es andere, viel schwierigere und gefährliche Schauplätze gibt.

Die US-Amerikaner unter Joseph Biden scheinen geglaubt zu haben, den Russen auch eine Falle stellen zu können, sie ins offene Messer laufen zu lassen. Es ist bewiesen, dass Washington und London die Ukraine aufgerüstet haben in dem Wissen, dass die Russen dort intervenieren. Sie waren in dem Glauben, dass die Russen dort eine herbe Niederlage erleiden werden, wie die USA in Afghanistan. Es ist heute offensichtlich, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen wird, und deshalb muss man andere Schlüsse ziehen und eine andere Politik einschlagen. Die Vereinigten Staaten haben die historische Möglichkeit, den Krieg ohne Gesichtsverlust zu beenden und Führungsmacht in der Welt zu zeigen. Unter Biden oder Harris hätten die USA eher ihre Niederlage in diesem geopolitischen Krieg anerkennen müssen.

HINTERGRUND In der Bundesrepublik wird neu gewählt, nachdem die Regierung auseinanderkrachte. Welche aussenpolitische Bilanz dieser Regierung mit einer grünen Aussenministerin ziehen Sie insbesondere mit Blick auf den Ukraine-Konflikt?

RAHR Insgesamt ist der Einfluss Deutschlands in der Welt aus meiner Sicht erschreckend zurückgegangen. Der Fehler ist, dass die Grünen in Deutschland zu viel Macht bekommen haben.

Dass die gesamte Aussenpolitik praktisch in die Hände von Frau Baerbock und den Grünen gelangt ist, hat Deutschland überhaupt nicht gutgetan.

In der deutschen Aussenpolitik fehlt es vollkommen an Realismus. Mit Baerbock an deren Spitze sind alle aufgerufen, feministische Aussenpolitik zu betreiben, Minderheitenschutz zu betreiben. Das hat mit den Problemen und den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nichts zu tun.

Ausserdem finde ich es fehlerhaft zu glauben, dass der Ost-West-Konflikt zurückgekehrt ist. Der Krieg in der Ukraine ist schlimm, und Deutschland musste reagieren, musste die Ukraine verteidigen. Das ist verständlich. Aber eigentlich haben wir einen Nord-Süd-Konflikt. Die wirklichen Herausforderungen für Europa und Deutschland kommen aus dem Süden und auch aus dem Nahen und Mittleren Osten. Das wird jedoch vernachlässigt.

Die Sichtweisen auf das heutige Syrien sind erschreckend. Die Situation in Syrien wird in wenigen Monaten vermutlich so sein wie in Afghanistan oder wie in Libyen. Aber man glaubt immer noch, mit einer Scheckbuchdiplomatie mit viel Geld die Leute bekehren oder disziplinieren zu können. Inzwischen sind die Chinesen und andere Länder der BRICS viel effektiver. Meines Erachtens ist das grösste Problem die Realitätsverweigerung. Man will in Deutschland die BRICS nicht verstehen, man will die multipolare Welt nicht akzeptieren. Man verlässt sich darauf, dass Deutschland weiterhin die moralische Oberhoheit über die Weltpolitik hat. Das wird irgendwann mal der deutschen Politik sehr, sehr schmerzhaft auf die Füsse fallen.

Sie [die Politik] muss einsehen, dass Deutschland nicht mehr die erste Geige spielt, weder in Europa noch in der Weltpolitik.

HINTERGRUND Welche Rolle spielte die NATO-Osterweiterung, die von kritischen Beobachtern als Ursache des Konflikts gesehen wird?

RAHR

Die NATO-Osterweiterung ist die Mutter aller Probleme. Sie war wohl aus Sicht der osteuropäischen Länder, die Teil des Westens werden wollten, nicht zu verhindern. Doch eine NATO-Osterweiterung hätte gegenüber Russland abgefedert werden müssen, indem man Russland entweder eine Mitgliedschaft in der NATO zugesprochen hätte. Oder, was viel sinnvoller und realistischer gewesen wäre, die OSZE hätte als Organisation, als dritte Säule neben der EU und NATO für Europa, gestärkt werden müssen. Es gab ganz ernsthafte Vorschläge in der OSZE, in den 90er Jahren eine Art Europäischen Sicherheitsrat zu installieren, in dem Russland permanent einen Sitz gehabt hätte. Ich bin sicher, dass es dann zu diesem Konflikt wie heute nicht gekommen wäre.

Wir haben doch alle zusammen 1990 die Pariser Charta unterschrieben, als es noch den Warschauer Pakt und die Sowjetunion gab. Der hat den Frieden gebracht in Europa für viele Jahre. Dort heisst es neben dem Postulat, dass Europa sich Richtung Demokratie entwickeln wollte, dass in Europa keine Sicherheit gegen ein anderes Mitglied der europäischen Familie betrieben werden sollte. Doch wir haben genau das von

vornherein gemacht. Wir haben Russland isoliert, wir haben Russland den Platz in diesem neuen Europa, den es verdient hätte, nicht gegeben. Im Gegenteil, man hat Moskau von Anfang an nur verdächtigt, imperialistisch zu sein, weshalb die Russen nicht nach Europa gehören würden. Ich kann das bezeugen, weil ich selbst in den 90er Jahren in diesen Strukturen gearbeitet habe, in der «Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik» (DGAP). Das war ein Trugschluss und ein Fehlverhalten von europäischer Seite, weil Russland das grösste Land in Europa ist, die Russen sind das grösste Volk in Europa, und ohne die kann ein friedliches Europa nicht aufgebaut werden.

Der russische Fehler war, zu wenig auf Diplomatie gesetzt zu haben, um vor allem mit ihren unmittelbaren Nachbarn eine Verständigungspolitik durchzuführen, unabhängig davon, was Lawrow und Putin heute behaupten. Russland hat keine Soft Power, keine weiche Macht demonstriert, Russland fehlt einfach diese Tradition. Wie kann es sein, dass der russische Präsident, ob Jelzin, Putin oder Medwedew, seit 1991 kein einziges Mal seinen Fuss auf baltischen Boden gesetzt hat? Man kann natürlich die Schuld bei den Balten suchen. Aber ich sehe eine grosse Mitschuld für diese Entwicklung auch in Moskau.

HINTERGRUND Welchen Weg zum Frieden für die Ukraine sehen Sie?

RAHR Ich sehe nur einen realistischen Weg zum Frieden, nämlich dass ein Vermittler sich einschaltet, um Putin zu Verhandlungen zu bringen. Sowohl die Türken als auch die Chinesen haben bisher in dieser Hinsicht versagt. Die EU wollte das nicht und will das bis heute nicht. Aber scheinbar will das Trump. Also muss Trump es hinkriegen, dass Verhandlungen, so wie die auf unterster Ebene damals in Istanbul 2022 geführt wurden, weitergeführt oder neu begonnen werden. Sie werden aus meiner Sicht nicht zum Vorteil der Europäischen Union oder der Ukraine enden. Die Russen werden das Territorium, das sie heute besetzen, als eigenes anerkennen. Man wird Russland dort nicht verjagen können, weder mit militärischen noch mit wirtschaftlichen Mitteln.

Das vollständige Interview lesen Sie in der aktuellen Ausgabe 3/4, 2025 unseres Magazins, das im Bahnhofsbuchhandel, im gut sortierten Zeitungsschriftenhandel und in ausgewählten Lebensmittelgeschäften erhältlich ist. Sie können das Heft auch auf dieser Website (Abo oder Einzelheft) bestellen.

ALEXANDER RAHR, führender Osteuropa-Experte in Deutschland, arbeitete in US-amerikanischen, deutschen, ukrainischen und russischen Think Tanks. Heute ist er Vorsitzender der «Eurasien Gesellschaft».

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/politik-eu/ohne-russland-kein-frieden-in-europa/>



Firmen-Inhaberin Emily Ley will Präsident Trumps Extra-Zölle zum Verschwinden bringen – mit Hilfe einer NGO. Ihre Firma Simplified importiert vieles aus China. © sidewalkstv

**«Trump's Zölle gegen China und andere sind verfassungswidrig»
Eine NGO hat gegen Trump und Bundesbehörden eine erste Klage eingereicht.
Der Präsident könne sich auf keinen Notstand berufen.**

Urs P. Gasche

Für seine angebliche Zollkompetenz beruft sich Trump auf das Notstandsgesetz Internatopnal Emergency Economic Powers Act (IEEPA). Dieses Gesetz darf der Präsident anrufen, «um einer ungewöhnlichen und aussergewöhnlichen Bedrohung zu begegnen, für die der nationale Notstand ausgerufen wurde. Es darf ausdrücklich nicht für andere Zwecke benutzt werden».

Präsident Trump hatte den Fentanyl-Schmuggel aus Mexiko und Kanada sowie die illegale Einwanderung aus diesen beiden Ländern zu nationalen Notlagen erklärt. Beides rechtfertigt jedoch keine Zölle. Und das US-Handelsbilanzdefizit mit vielen Ländern könne keine Notstandssituation rechtfertigen. Fast alle Ökonomen sähen dieses seit vielen Jahren bestehende Defizit als normale Folge des Wirtschaftens. Das Defizit habe nicht plötzlich zu einer Notlage geführt. Noch Mitte Januar prophezeite der Internationale Währungsfonds, dass die US-Wirtschaft dieses Jahr stärker wachse als die europäische.

Für Zölle ist der US-Kongress zuständig

Artikel 1, section 8 der US-Verfassung gibt dem Kongress die ausschliessliche Kompetenz, Zölle (duties) zu erheben. Der Kongress erfüllt diese Aufgabe mit detaillierten Zollgesetzen.

Die gemeinnützige Bürgerrechtsgruppe New Civil Liberties Alliance (NCLA) hat Trumps Regierung wegen Verletzung dieses Verfassungsartikels und wegen Missbrauchs des Notstandsgesetzes in Florida verklagt.

Hier Argumente der NCLA:

Prozessanwalt Andrew Morris der NCLA: Gewaltenteilung missachtet

«Mit dem Anwenden der Notstandsbefugnis, um pauschale Zölle auf Importe aus China zu erheben hat Präsident Trump seine Kompetenzen überschritten, das Recht des Kongresses auf Kontrolle der Zölle an sich gerissen und die Gewaltenteilung der Verfassung missachtet.»

Mark Vecchione, Senior Litigation Council der NCLA: «Die rechtswidrigen Zölle müssen fallen»

«Die verfassungsmässige Befugnis, «Steuern, Zölle, Abgaben und Verbrauchsteuern zu erheben und einzutreiben» sowie «den Handel mit ausländischen Nationen zu regeln», liegt beim Kongress. Die Massnahmen der Regierung folgten keinem dieser verfassungsmässigen Gebote. Das Gesetz, auf das sich die Regierung beruft, verwendet nicht einmal die Wörter «Zölle» oder «Steuern». Diese rechtswidrige «Abgabe» muss fallen.»

NCLA-Präsident John Vecchione: «50-jährige Praxis über Bord geworfen»

«Kein Präsident vor Trump ging je davon aus, dass das Notstandsgesetz IEEPA ihm erlaubt, Zölle festzulegen. Würde man das Notstandsgesetz so weit auslegen, dass es die China-Zölle rechtfertigt, bedeutete dies ein Übertragen von Kernkompetenzen an den Präsidenten. Um dies zu vermeiden, muss das Gericht das Gesetz im Einklang mit einer fast 50-jährigen ununterbrochenen Praxis auslegen und entscheiden, dass der Präsident solche Zölle nicht festlegen kann.»

Im Namen einer Haushaltprodukte-Firma

Die NGO NCLA reichte die Klage als Vertreterin der Firma Simplified ein. Das in Florida ansässige Unternehmen gehört Emily Ley, die NCLA mit der Klage beim US-Bezirksgericht für den nördlichen Bezirk von Florida beauftragte. Ley fordert, die erhöhten Zölle für rechtswidrig zu erklären, sie aufzuheben und das Einziehen der Zölle zu verbieten.

Simplified verkauft Haushaltsprodukte, Bücher und Agenden und ist auf den Import bestimmter Materialien aus China angewiesen. Die Firma muss bereits erhebliche Zölle auf importierte Bestandteile entrichten, die in den USA nicht verfügbar sind. Die neuen massiven Zölle würden die Betriebskosten sowie die Endpreise für Kundinnen erhöhen und die Gewinnmarge schmälern.

Sie argumentiert, der Präsident dürfe die Zollkompetenz des Kongresses nicht umgehen, indem er sich auf eine Notfallbefugnis aus einem anderen Gesetz beruft, das Zölle nicht explizit regelt. Der Versuch, das Notstandsgesetz IEEPA anzuwenden, verstosse nicht nur gegen den Wortlaut des Gesetzes, sondern verletze auch die sogenannte «Major Questions Doctrine» des Obersten Gerichtshofs.

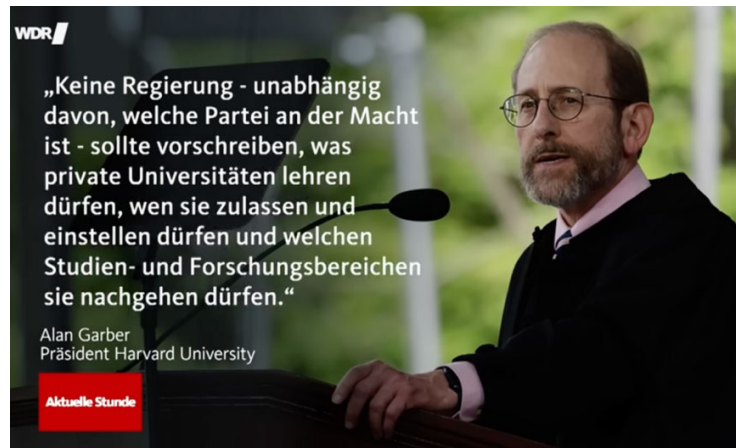
Diese Doktrin besagt: Wenn eine Bundesbehörde eine Entscheidung trifft oder eine Regel erlässt, die «von grosser wirtschaftlicher und politischer Bedeutung» ist, dann darf sie dies nur tun, wenn der Kongress ihr diese Kompetenz klar und ausdrücklich übertragen hat. Je bedeutender die politische oder wirtschaftliche Auswirkung einer Massnahme ist, desto klarer muss der Kongress die Befugnis dazu gegeben haben.



Infosperber dokumentiert, wie US-Behörden Harvard erpressen

Die Gesinnung von Professoren und Studenten muss überwacht und Trump-Behörden gemeldet werden. Denunzianten bleiben straffrei.

Red. 16.4.2025



Der Präsident der Elite-Universität Harvard wehrt sich trotz drohender Milliardenverluste gegen die Einmischung der Trump-Regierung. © WDR

Es ist eine Erpressung: Bundesgelder für Forschung und Forschungsaufträge soll es nur noch geben, wenn Universitäten sofort eine Grundsatzvereinbarung unterschreiben, dem dann ein definitiver Unterwerfungsvertrag folgen soll. Absender des Briefes vom 11. April 2025, der detaillierte und ultimative Bedingungen enthält, sind das Department of Education und das Department of Health.

Bisher eine der wenigen Universitäten, welche sich der Erpressung widersetzen und ihre akademische und politische Freiheit verteidigen, ist die private Harvard University in Cambridge, Massachusetts. Sie hat den Erpressungsbrief auch öffentlich gemacht. Weil sich Harvard weigert, den Forderungen nachzukommen, hat ihr Trumps Regierung Subventionen in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar (von insgesamt 9 Milliarden) eingefroren sowie mehrjährige Forschungsaufträge in Höhe von 60 Millionen Dollar gestrichen. Die Trump-Administration wirft der Eliteuniversität vor, zu wenig gegen Antisemitismus zu unternehmen.

Die Forderungen der Trump-Regierung beschränken sich jedoch keineswegs darauf, dass Antisemitismus härter als bisher angegangen und sanktioniert wird. Sie gehen weit darüber hinaus. Unter anderem verlangt die Trump-Regierung den Stopp aller Diversitäts- und Inklusionsmassnahmen (DEI) sowie eine Bundeskontrolle und staatliche Mitsprache bei Personalien und Forschungsinhalten (bis mindestens Ende 2028). Die meisten Medien informieren darüber. Für Interessierte lohnt es sich jedoch, den Erpresserbrief der US-Behörden im Wortlaut zu lesen. Deshalb stellt ihn Infosperber hier online:

(Anm.: Da der Originalbrief insgesamt 8 Seiten umfasst, verzichten wir im «Zeitzeichen» auf die komplette Wiedergabe des Schreibens. Der Brief kann jedoch auf [Infosperber.ch](https://infosperber.ch) im englischen Original sowie in deutscher Übersetzung gelesen oder heruntergeladen werden.)

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
13.4.2025



Das ist ihnen alles scheissegal

Israel zielt auf Sanitäter: «Terroristen!».

Russland zielt auf Kinder: «Nazis!».

Die USA zielen auf die ganze Welt: «Scheisswelt!».

Pitch

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

15.4.2025



Das Al-Ahli-Spital in Gaza-Stadt nach dem Raketenangriff am Palmsonntag © Al-Jazeera

Palmsonntag: Empörung über Russland, weniger über Israel **Über die beiden schändlichen Raketenangriffe haben Medien unterschiedlich** **berichtet. Wahrscheinliche Kriegsverbrechen waren beide.**

Urs P. Gasche

Am Morgen des Palmsonntag, 13. April, haben israelische Streitkräfte das Al-Ahli-Spital in Gaza-Stadt mit Raketen angegriffen. Das Spital wurde von der anglikanischen Episkopalkirche von Jerusalem und dem Nahen Osten geführt. Es war das letzte noch funktionierende Spital im Norden des Gazastreifens. Der anglikanische Bischof von Jerusalem, Hosam Naoum, verurteilte den Angriff aufs Schärfste.

Israel behauptete, im Spital habe sich eine Kommandozentrale der Hamas befunden. Beweise oder auch nur Indizien dafür lieferte Israel nicht.

Der katarische Sender «Al-Jazeera» berichtete vor Ort und befragte Zeugen. Der Bericht ist erschütternd. Unzählige Kranke und Verletzte, darunter viele Frauen und Kinder, bekommen in Gaza schon länger keine medizinische Hilfe mehr, oft mit tödlichen Folgen.

Mögliche Kriegsverbrechen

Selbst falls in dem von der Kirche geführten Al-Ahli-Spital irgendwo Hamas-Leute agiert haben sollten, stellt sich die Frage nach der Verhältnismässigkeit. Spitäler gehören neben Schulen und anderen zivilen Gebäuden im Kriegsrecht zu den am meisten geschützten Orten. Es muss von einem dieser Orte schon eine massive und unmittelbare Bedrohung ausgehen, um sie anzugreifen zu dürfen.

Das Gleiche gilt beim Raketenangriff Russlands auf eine zivile Menschenmenge ebenfalls am Palmsonntag in der ostukrainischen Stadt Sumy. Russland machte geltend, der Angriff hätte ukrainischen Militärs gegolten. Tatsächlich fand an diesem Sonntag in Sumy eine Versammlung von Militärs statt, an der unter anderem Medaillen verliehen wurden. Einige der Raketen könnten das Ziel leicht verfehlt haben.

Im Fall dieses russischen Angriffs zitierte Fernsehen SRF Andreas Müller, Professor für Völkerrecht an der Universität Basel: Um zu beurteilen, ob es sich um ein Kriegsverbrechen handelte, müsse man die Verhältnismässigkeit abklären: Wiegt der zu erwartende militärische Vorteil die zu erwartenden Opfer in der Zivilbevölkerung auf? Wohl kaum – weder in Sumy noch in Gaza City.

Die Raketenangriffe sowohl Russlands wie auch Israels haben das humanitäre Kriegsrecht höchstwahrscheinlich schwer verletzt.

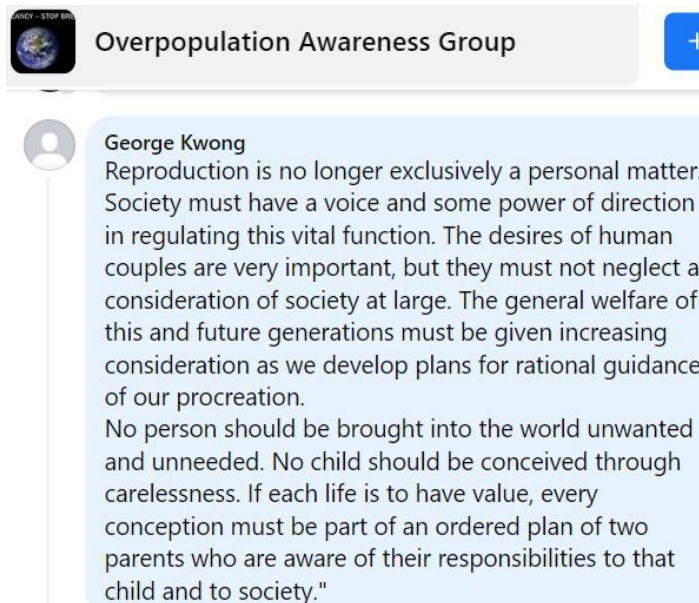
Entsprechend informierten grosse Medien über die Folgen des russischen Raketenschlags. Beispielsweise SRF mit vielen erschütternden Bildern:

«Russischer Angriff auf Sumy: Ist so etwas ein Kriegsverbrechen? An Perfidie ist es nicht zu überbieten: Westliche Länder verurteilen Russlands Angriff auf Sumy als Kriegsverbrechen.

Am Palmsonntag ist die Stadt belebt, Menschen strömen in die Kirchen. Ein Mädchen mit blutverschmier-tem Gesicht weint in den Armen einer Frau, ein älterer Mann sitzt auf einer Bank und schreit seine ohnmächtige Wut heraus...»

Zum israelischen Raketenangriff auf das Spital in Gaza-Stadt hat fast nur «Al-Jazeera» über die Folgen vor Ort berichtet. Westliche Medien haben die Bilder und Zeugenaussagen nicht verbreitet.

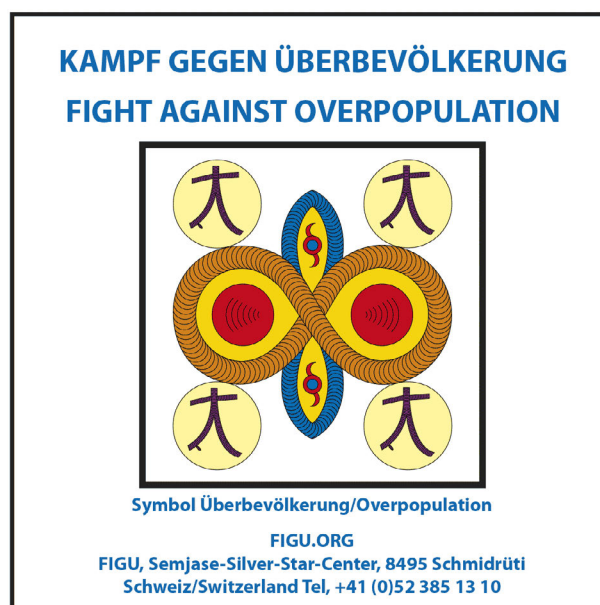
Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



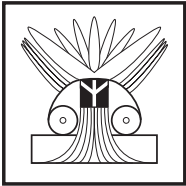
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.




Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrunen,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil
Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

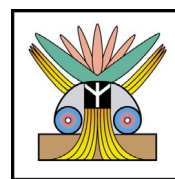


© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz